

Niederschrift	
über die Sitzung des	Bezirkstags
Nr.	02 / 09
Datum	17.12.2009
Ort	Bezirksverwaltung – Sitzungssaal 5. Stock
Beginn:	09:30 Uhr
Ende:	13:45 Uhr

Anwesend sind

Vorsitzender:	Hr. BTP Mederer Fr. Bittner (stellv.BTP), Fr. Steinberger (wstv.BTPin)
Bezirkstagsmitglieder	siehe Anlagen (Anwesenheitslisten)
Regierung von Oberbayern	Hr. Hillenbrand (Regierungspräsident)
Verwaltung	Hr. Dr. Bruckmann, Hr. Brinckmann, Fr. Simek, Hr. Schmitz, Hr. Rössler, Fr. Büllesbach, Hr. Fuhrmann, Hr. Wirth, Hr. Reil, Hr. Heffner, Hr. Kohl, Hr. Schempp, Hr. Sonntag, Fr. Goriß, Fr. Kellermann, Hr. Böhm, Hr. Zdarsky, Hr. Dr. Hange
Einrichtungen	Hr. Vorstand Spuckti,
Entschuldigt	Fr. BRin Hobmaier, Hr. BR Thöne, Hr. BR Dr. Schanderl, Hr. BR Stoiber
Unentschuldigt	

Protokollführung	Fr. Hanner / Fr. Weindl
------------------	-------------------------

Tagesordnung

		Seite
<u>I. Öffentliche Sitzung:</u>		
TOP 1	Genehmigung des Protokolls der letzten Sitzung	17
TOP 2	Verabschiedung des Bezirkshaushalts 2010	17-19
TOP 3	Feststellung der Jahresrechnung 2006 des Bezirks Oberbayern (Kameraler Haushalt)	19
	-Anlage-	
TOP 4	Entlastungen der Haushaltsrechnungen der Jahre 1999 bis 2005, der Jahresabschlüsse der Krankenhäuser 1999 bis 2005, des Kultur- und Bildungszentrums Kloster Seeon 1999 bis 2005, der Bezirksgüterverwaltung 1998/1999 bis 2004/ 2005 und der Krankenhauswäscherei 1999 des Bezirks Oberbayern	19-20
	-Anlage-	

TOP 5	Unternehmenssatzung der „Kliniken des Bezirks Oberbayern – Kommunalunternehmen“ (Mit der Bitte um Teilnahme: Hr. Vorstand Spuckti) -Anlage-	20
TOP 6	Kliniken des Bezirks Oberbayern - Kommunalunternehmen; Halbjahresbericht 1. Halbjahr 2009 -Anlage-	20-21
TOP 7	Klinische Beteiligungen des Bezirks Oberbayern an Unternehmen in Privatrechtsform; Beteiligungsberichte 2008 -Anlage-	21
TOP 8	Bericht über die Beteiligung des Bezirks Oberbayern in den Bereichen Wohnungsbauförderung, Kultur, Natur- und Landschaftspflege sowie sonstige Beteiligungen im Jahr 2008 -Anlage-	21
TOP 9	Änderung der Satzung für das Berufsbildungswerk München mit Förderschwerpunkt Hören und Sprache des Bezirks in München-Johanneskirchen -Anlage-	21
TOP 10	Bericht des Behindertenbeauftragten; bezugnehmend zum Antrag Bündnis 90 / Die Grünen – vom 21.10.2009 -mündlicher Sachstandsbericht-	22
TOP 11	Antrag zur Bewerbung der Stadt München und der Marktgemeinde Garmisch-Partenkirchen zu den Olympischen Winterspielen 2018 - Anlage-	22
TOP 12	Antrag der Linken vom 12.11.2009 zur Genehmigung eines Zuschusses an den Kameradenkreis der Gebirgstruppe e.V. zur Restaurierung des Ehrenmals am Hohen Brendten -Unterlagen werden nachgereicht-	23
TOP 13	Antrag der SPD-Fraktion vom 04.12.2009; Änderung der Stellvertretung im Sozialausschuss	23
TOP 14	Bekanntgaben und Sonstiges	23-24

Hr. BTP Mederer begrüßt die Anwesenden und stellt die form- und fristgerechte Ladung zur Sitzung sowie die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Zusätzlich verweist er auf die ausgeteilten Tischvorlagen, die bei der jeweiligen Tagesordnung zur Diskussion gestellt werden.

Der Bezirkstag gedenkt der im Jahr 2009 verstorbenen ehemaligen Mitglieder des Bezirkstags.

Bitte beachten Sie, dass bei der Abstimmung die Anzahl der Abstimmenden unterschiedlich sind, da bei den Beschlussabstimmungen nicht immer alle Bezirksrätinnen und Bezirksräte in der Sitzung anwesend waren.

TOP 1: Genehmigung des Protokolls der letzten Sitzung

Das Protokoll der Sitzung vom 18.06.2009 wird ohne Einwände genehmigt.

TOP 2: Verabschiedung des Bezirkshaushalts 2010

Nach der Rede des Bezirkstagspräsidenten zum Haushalt und der aller Fraktionen sowie im Bezirkstag vertretenen Gruppierungen wird über den Haushalt 2010 mit Anlagen abgestimmt.

Herr BTP Mederer und jeweils ein Mitglied von jeder Partei hält, wie in der Anlage beigefügt, eine Rede (**zu den Anlagen – es gilt das gesprochene Wort**):

BTP Mederer (vgl. Anlage 1).

BR Asam

Die SPD-Fraktion stimmt dem Haushalt 2010 zu (vgl. Anlage 2).

BRin Neubauer

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen stimmt dem Haushalt 2010 zu (vgl. Anlage 3).

BRin Friedl-Laussenmeyer

Die FDP-Fraktion stimmt dem Haushalt 2010 zu (vgl. Anlage 4).

BR Schneider

Die Fraktion der Freien Wähler stimmt dem Haushalt 2010 nicht zu (vgl. Anlage 5).

BR Prof. Dr. Weber

Die Fraktion der Linken stimmt dem Haushalt 2010 nicht zu (vgl. Anlage 6).

BRin Schildbach-Halser

Die ödp-Fraktion stimmt dem Haushalt 2010 zu (vgl. Anlage 7).

BR Dorn

Die Fraktion der Bayernpartei stimmt dem Haushalt 2010 zu (vgl. Anlage 8).

BR Loy

Die CSU-Fraktion stimmt dem Haushalt 2010 zu (vgl. Anlage 9).

Der Antrag der Fraktion DIE LINKE auf Erhöhung des Mietzinses Leibstraße in Haar wird von Herrn Prof. Dr. Weber zurückgenommen. Gleichzeitig wird die Verwaltung beauftragt im Rahmen des bestehenden Mietvertrages mit der Donauschwäbischen Landsmannschaft im Objekt in der Leibstraße in Haar mögliche Mieterhöhungen zu prüfen und diese dem Bezirksausschuss vorzulegen.

Beschluss	1. Für das Haushaltsjahr 2010 wird den Festsetzungen
06/09	im Verwaltungshaushalt
	mit Einnahmen
	und Ausgaben von 1.271.970.000 €

	sowie im Vermögenshaushalt mit Einnahmen und Ausgaben von 83.300.000 € und dem Stellenplan zugestimmt. 2. Der Antrag der FDP auf Erhöhung des Hebesatzes auf 21,15 v. H. wird mit 55:8 Stimmen abgelehnt: Das Umlagesoll beträgt 1.038.335.663,19 €. Der Hebesatz der Bezirksumlage wird für das Haushaltsjahr 2010 auf 21,00 v.H. festgesetzt. 3. Dem Finanzplan 2009 bis 2013 mit dem zugrunde liegenden Investitionsprogramm wird zugestimmt. 4. Den Festsetzungen in den Wirtschaftsplänen 2010 des Kultur- und Bildungszentrum Kloster Seeon und der Bezirksgüter Haar, Gabersee und Taufkirchen (Vils) mit den Finanzplänen 2009 bis 2013 und Investitionsprogrammen wird zugestimmt. 5. Die Haushaltssatzung 2010 in der Fassung vom 15.12.2010 wird beschlossen. Abstimmungsergebnis: 54 : 9 Der Antrag der LINKEN auf Streichung des Kriegsgräberzuschusses wird abgelehnt. Abstimmungsergebnis: 51 : 12 . Der Bezirkstag von Oberbayern verabschiedet folgende Resolution: „Der Bezirk Oberbayern fordert den Freistaat Bayern nachdrücklich auf, die Finanzausstattung der Bezirke durch eine deutliche Erhöhung der bisher völlig unzureichenden Mittel für den kommunalen Finanzausgleich dauerhaft zu verbessern. Wir fordern den Freistaat Bayern auf, konkrete Schritte für ein Bundesteilhabegesetz, das durch Bund, Land und Kommunen finanziert wird, einzuleiten. Nur dies ermöglicht den Bezirken zukünftig, ihre vom Bund- und Landesgesetzgebung vorgegebenen Pflichtaufgaben im Sozial-, Kultur-, Bildungs-, und Gesundheitsbereich weiterhin verantwortungsbewusst zu erfüllen, ohne dass Landkreise, Städte und Gemeinden durch die ständig steigende Bezirksumlage in zunehmender Weise belastet werden müssen und die Verschuldung der kommunalen Ebenen in unverantwortlicher Weise steigt. Etwaige Steuersenkungen des Bundesgesetzgebers dürfen keinesfalls zu Lasten der Kommunen gehen und sind gegebenenfalls vom Staat auszugleichen.“ Die Resolution wurde parteiübergreifend mit nur einer Gegenstimme beschlossen. Abstimmungsergebnis: 62 : 1
--	---

TOP 3: Feststellung der Jahresrechnung 2006 des Bezirks Oberbayern (Kameraler Haushalt)

Die Jahresrechnung ist nach Art. 84 Absatz 2 BezO zu erstellen und dem Bezirksausschuss vorzulegen. Nach der Bekanntgabe im Bezirksausschuss wurde die Jahresrechnung 2006 durch das Rechnungsprüfungsamt geprüft.

Das Jahresergebnis 2006 im Gesamthaushalt mit bereinigten Soll-Einnahmen und Soll-Ausgaben in Höhe von 1.190.146.541,92 € wurde vom Rechnungsprüfungsausschuss als richtig festgestellt; die Erledigungen der Prüfungsfeststellungen wurden im Rechnungsprüfungsausschuss am 5.11.2009 und im Bezirksausschuss am 25.11.2009 behandelt.

Dieses Ergebnis der örtlichen Rechnungsprüfung ist die Grundlage für die vorbereitende Behandlung der Feststellung der Jahresrechnung 2006 im Bezirksausschuss am 25.11.2009.

Anschließend stellt der Bezirkstag die Jahresrechnung 2006 in öffentlicher Sitzung fest (Art. 84 Absatz 3 BezO).

Frau BRin Tuttas beantragt, dass die Jahresrechnung 2006 nochmals im Personalausschuss behandelt wird, speziell die Seiten 24-26. Anschließend soll eine Behandlung im Bezirksausschuss erfolgen. Diesem Antrag wird stattgegeben.

Beschluss	Der Bezirkstag stellt die Jahresrechnung 2006 gemäß Art. 84 Abs. 3 BezO mit folgenden Ergebnissen fest:
07/09	
	Im Gesamthaushalt mit bereinigten Soll- Einnahmen und -Ausgaben:
	1.190.146.541,92 €
	<u>Davon im Verwaltungshaushalt</u> bereinigte Soll- Einnahmen und - Ausgaben:
	1.069.423.326,20 €
	und im Vermögenshaushalt bereinigte Soll- Einnahmen und - Ausgaben:
	120.723.215,72 €
	Abstimmungsergebnis: 58 : 0

TOP 4: Entlastungen der Haushaltsrechnungen der Jahre 1999 bis 2005, der Jahresabschlüsse der Krankenhäuser 1999 bis 2005, des Kultur- und Bildungszentrums Kloster Seeon 1999 bis 2005, der Bezirksgüterverwaltung 1998/1999 bis 2004/ 2005 und der Kranken- hauswäscherei 1999 des Bezirks Oberbayern

Frau BRin Steinberger übernimmt zu diesem Tagesordnungspunkt den Vorsitz, da Herr BTP Mederer wegen persönlicher Beteiligung nicht teilnehmen darf.

Die Entlastung bildet den förmlichen Abschluss der Rechnungslegung und stellt die abschließende Würdigung der Haushaltsführung bzw. Wirtschaftsführung durch den Bezirkstag dar.

Gemäß Art. 84 Absatz 3 Satz 1 BezO stellt der Bezirkstag nach Durchführung der örtlichen Prüfung die Jahresrechnungen und die Jahresabschlüsse fest und beschließt nach der Aufklärung etwaiger Unstimmigkeiten über die Feststellung und die Entlastung.

Der Rechnungsprüfungsausschuss hat in seiner Sitzung vom 5.11.2009 die Entlastungen für die Haushaltsjahre 1999 bis 2005 empfohlen. Für den Eigenbetrieb Bildungszentrum Kloster Seeon wurde die Entlastung vorberatend im Werkausschuss am 29.10.2009 behandelt.

Beschluss	Der Bezirkstag beschließt gemäß Art. 84 Abs. 3 BezO die Entlastungen für die Haushaltsrechnungen
08/09	– der Jahre 1999 bis 2005 (Kameraler Haushalt), – der Jahresabschlüsse der Krankenhäuser 1999 bis 2005, – des Kultur- und Bildungszentrums Kloster Seeon 1999 bis 2005, – der Bezirksgüterverwaltung 1998/1999 bis 2004/2005 und – der Krankenhauswäscherei 1999 des Bezirks Oberbayern entsprechend der Anlagen 1 und 2 gemäß Art. 84 Abs. 3 BezO.
	Abstimmungsergebnis: 57 : 0

Denkmalpflege im Haushaltsjahr 2009 Gewährung von Zuwendungen zur Förderung der Denkmalpflege im Haushaltsjahr 2009 Gewährung von Zuwendungen zur Förderung der Denkmalpflege im Haushaltsjahr 2009 Gewährung von Zuwendungen zur Förderung der Denkmalpflege im Haushaltsjahr 2009
TOP 5: Unternehmenssatzung der „Kliniken des Bezirks Oberbayern – Kommunalunternehmen“

Aufgrund der Verlagerung des Unternehmenssitzes von Haar nach München und der Änderung des Namens der Servicegesellschaft ist aus rechtlichen Gründen eine entsprechende Satzungsänderung erforderlich.

Beschluss	Der Bezirkstag von Oberbayern beschließt die Unternehmenssatzung der „Kliniken des Bezirks Oberbayern - Kommunalunternehmen“ in der anliegenden Fassung vom 24.09.2009. Die Satzung tritt am 01.01.2010 in Kraft.
09/09	
	Abstimmungsergebnis: 57 : 0

**TOP 6: Kliniken des Bezirks Oberbayern – Kommunalunternehmen;
Halbjahresbericht 1. Halbjahr 2009**

Gemäß § 6 Abs. 2 der Unternehmenssatzung der Kliniken des Bezirks Oberbayern - Kommunalunternehmen (KBO) berichtet der Verwaltungsrat des Kommunalunternehmens halbjährlich den Bezirksgremien über den Verlauf des Geschäftsjahres, über wichtige Ereignisse und von seiner Tätigkeit. Herr Vorstand Spuckti stellt den Halbjahresbericht 1. Halbjahr 2009 vor und geht auf die wesentlichen Punkte ein.

TOP 12: Antrag der Linken vom 12.11.2009 zur Genehmigung eines Zuschusses an den Kameradenkreis der Gebirgstruppe e. V. zur Restaurierung des Ehrenmals am Hohen Brendten

Der Kulturausschuss bewilligte am 20.10.2009 dem Kameradenkreis der Gebirgstruppe e.V. einen Zuschuss von 716 €, um das beschädigte Ehrenmal am Hohen Brenten zu reinigen. Die Partei „DIE LINKE“ beantragte am 12.11.2009, der Bezirkstag solle diese Entscheidung aufheben.

Beschluss	Der Bezirkstag lehnt den Antrag der Partei DIE LINKE ab.	
12/09	Abstimmungsergebnis:	39 : 12

**TOP 13: Antrag der SPD-Fraktion vom 04.12.2009;
Änderung der Stellvertretung im Sozialausschuss**

Gewährung von Zuwendungen zur Förderung der Denkmalpflege im Haushaltsjahr 2009

Beschluss 13/09	Dem Rücktritt von Herrn Andreas Magg als 1. Stellvertreter und Herrn Michael Asam als 2. Stellvertreter von Frau Ruth Waldmann im Sozialausschuss wird stattgegeben. Dem Vorschlag der SPD-Fraktion, Herrn Richard Salvermoser künftig als 1. Stellvertreter und als 2. Stellvertreter Herrn Andreas Magg und von Frau Ruth Waldmann im Sozialausschuss zu benennen, wird zugestimmt. Abstimmungsergebnis:
	39 : 0

TOP 14: Bekanntgaben und Sonstiges

Herr BTP Mederer informiert zum Projekt integrierte Demenzversorgung in Oberbayern (IDOB):

Gespräche mit Beteiligten fanden statt. Eine reduzierte Übergangsfinanzierung ist denkbar. Im nächsten Bezirksausschuss werden Vorschläge zur Übertragung von Haushaltsresten gemacht.

Derzeit läuft auch ein Schriftwechsel mit den Krankenkassen bzgl. der Weiterfinanzierung. Noch vorhandene Gelder für die Maßnahme sollen in den Haushalt 2010 übertragen werden.

Da keine weiteren Wortmeldungen mehr folgen, schließt BTP Mederer die öffentliche Sitzung und eröffnet die nichtöffentliche Sitzung.

Bezirk Oberbayern
München, 17.12.2009

Josef M e d e r e r
Bezirkstagspräsident

Fr. Hanner/Fr. Weindl
Protokollführung

Anlage 1

Haushaltsrede 2010 von Bezirkstagspräsident Josef Mederer für die Plenarsitzung am 17. Dezember 2009

Anrede

Der Haushalt, der heute im Mittelpunkt unserer Sitzung steht, ist bestens vorberaten. In verschiedenen Ausschusssitzungen haben wir die einzelnen Budgets durchgesprochen und uns auch bereits im Bezirksausschuss einen Empfehlungsbeschluss zur Bezirksumlage gefasst. Unser Kämmerer, Herr Rössler, hat in bewährter Weise im Vorfeld den einzelnen Fraktionen bereits ausführlich Rede und Antwort gestanden. Zuvor haben innerhalb der Verwaltung mehrere Runden in unterschiedlicher Zusammensetzung stattgefunden, um die einzelnen Mittelanforderungen zu überprüfen und große Sparsamkeit einzufordern. Deshalb kann ich mit gutem Gewissen behaupten, dass unser Haushalt verantwortungsbewusst und sparsam aufgestellt ist. Darum soll es heute aber gar nicht gehen, denn das sind die Hausaufgaben, die ich – die wir - voraussetzen. Ich möchte stattdessen heute thematisieren, was wir mit den 1,3 Milliarden Euro Haushaltsvolumen 2010 leisten werden. Ich formuliere damit auch den Anspruch, den wir als Bezirk Oberbayern - als politisches Gremium genauso wie als Behörde mit vielen hundert Mitarbeitern - haben: „Der Bezirk Oberbayern hilft denen, die dazu allein nicht in der Lage sind. Als überörtlicher Träger der Sozialhilfe wenden wir dafür über eine Milliarde Euro jährlich auf. Ziel ist es, pflegebedürftigen Menschen und Menschen mit Behinderung eine gleichberechtigte Teilhabe am Leben in der Gesellschaft zu ermöglichen. Der Bezirk Oberbayern versteht sich da-

bei als sozialer und qualitätsorientierter Dienstleister sowie als starker und kooperativer Partner von Einrichtungen, Diensten, Trägern und Verbänden.“ Dies ist ein Zitat aus der neuen Imagebroschüre, die Sie auf Ihrem Tisch vorfinden und dies spiegelt die Grundhaltung, die wir in Zieleworkshops entwickelt haben.

In den Beratungen in den letzten Wochen, sei es im politischen Bereich oder innerhalb der Verwaltung, ist oft von der UN-Konvention die Rede gewesen. Zur Zeit wissen wir alle noch nicht so recht, wie sich dies auf die Behindertenpolitik konkret auswirken wird, wie und in welchem Tempo und Umfang die „Inklusion“ in die Realität Einzug nehmen wird. Was wir aber wissen, ist dass wir als Bezirk Oberbayern an diesem Diskussions- und Umsetzungsprozess aktiv teilnehmen werden und agieren, statt reagieren möchten. Im Rahmen unserer Strategischen Sozialplanung werden wir das Thema aufgreifen und sicherlich auch im Gesundheits- und Sozialausschuss zunehmend als Meßlatte unseres Handelns begreifen müssen.

Anrede

Ambulante Eingliederungshilfe. Seit diesem Sommer sind wir nicht nur **finanziell** für alle Hilfen für Menschen mit Behinderung zuständig, sondern **bearbeiten** sie auch tatsächlich alle selbst.

Was bedeutet das konkret für die Bezirksverwaltung? Nicht weniger als die größte organisatorische und personelle Herausforderung, der wir uns je zu stellen hatten! Auch wenn Sie dies alle schon vielfach von mir gehört haben, muss ich es immer wieder wiederholen, um einzelne Fälle, in denen etwas nicht optimal gelaufen ist, zu relativieren. Wir haben in den letzten beiden Jahren fast 300 neue qualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter finden müssen, ihnen einen Arbeitsplatz zur Verfügung

gestellt, sie geschult und integriert. Leider haben uns im gleichen Zeitraum auch viele aus unterschiedlichen Gründen wieder verlassen, so dass wir in der Sozialverwaltung personell immer noch unterbesetzt sind. Der Markt an einschlägig ausgebildeten Kräften ist leergefegt. Sie haben sicher in der Presse gelesen, dass es dem Sozialreferat der Landeshauptstadt nicht anders ergeht!

Die gewaltige Aufgabe „ambulante Eingliederungshilfe“ ließ und lässt sich nur stemmen, wenn alle die Ärmel hochkrempeln. Die Arbeitsbelastung ist hoch, es gibt leider dabei logischerweise da und dort Rückstände in der Sachbearbeitung. Die Umwälzungen sind erheblich: Inzwischen arbeiten etwa 750 Personen hier im Haus. Aber ich sehe mit großer Zuversicht, dass das Improvisationstalent sehr ausgeprägt ist und die Stresstoleranz! Und, meine Damen und Herren, sind wir ehrlich: Wenn man bedenkt, wie gigantisch das neue Aufgabenpaket ist, ist es absolut bewundernswert, wie die Übernahme verlaufen ist. Meine größte Anerkennung allen, die dazu beigetragen haben! Im neuen Jahr müssen wir allerdings viel Energie darauf verwenden, die Personaldecke aufzufüllen und Routine in unsere Abläufe hineinzubringen. Bei der Personalgewinnung wollen wir auch ungewöhnlichere Wege gehen und alle Möglichkeiten ausreizen! Das sind wir den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die inzwischen schon sehr lange Zeit eine große Doppelbelastung tragen, auch schuldig!

Anrede

Mir ist es sein großes Anliegen, dass wir belegen können, dass wir verantwortungsvoll und wirtschaftlich mit unseren Finanzmitteln umgehen. Zu sehen bekommen wir einerseits die Rückendeckung der kommunalen Familie und andererseits die Wertschätzung und Akzeptanz der Betroffenen und der Verbände. Das heißt aber konkret, wir müssen unsere Ausgaben noch stärker transparent und damit vergleichbar machen. „Ich will mich nicht nur auf die Kraft der Worte verlassen müssen, sondern

nachprüfbare Zahlen sprechen lassen können!“ Mit dieser Aussage habe ich letztes Jahr mein Amt angetreten und ich glaube, dass wir auf diesem Weg bereits ein Stück weit gekommen sind. Durch Information der Landräte und Oberbürgermeister bzw. ihrer Kämmerer haben wir im Vorfeld Akzeptanz für die anstehende Umlagenerhöhung schaffen können. Das heißt nicht, dass die Umlagezahler gerne zahlen und das nicht hier und dort ein Murren zu hören sein wird! Aber der Ruf nach Abschaffung der Bezirke, der bisher immer so schnell und so bereitwillig erschallte, wenn es ums Geld ging, ist verklungen! Wir ziehen an einem Strang, und auch das gemeinsame Ringen um den Artikel 15 FAG hat zu dieser Solidarität sicherlich beigetragen. Angesichts der drohenden Haushaltentwicklung der kommenden Jahre wird es aber bitter nötig sein, diese Solidarität nicht überzustrapazieren. Für das Frühjahr habe ich ein weiteres Treffen mit den Landräten geplant, wo wir- losgelöst von Umlagendiskussionen- unsere demographische Entwicklung, Finanzströme vom Bezirk zu den Landkreisen und ähnliche Dinge diskutieren wollen. Ein zweites Treffen zusammen mit den Wohlfahrtsverbänden kann ich mir dann ebenfalls sehr gut vorstellen, damit wir Leistungserbringer und Umlagezahler einmal im Diskurs zusammenführen.

FAG – Teilerfolg bei den Verhandlungen innerhalb der Bezirke

Stand der Diskussion mit dem Finanzministerium

Anrede

Nun aber doch zum aktuellen Haushalt 2010, zum Zahlenwerk. Ich werde heute eine Hebesatzerhöhung um 1,4 Prozent auf dann 21 Prozentpunkte vorschlagen. Die Umlagekraft 2008 ist um durchschnittlich 1,71 Prozent in Oberbayern gesunken. Dies klingt zunächst nicht dramatisch, ist aber erst ein milder Vorgeschmack auf die Zahlen für 2009. Beunruhigend ist meines Erachtens auch die weite Spreizung, die wir

innerhalb Oberbayerns vorliegen haben: Plus 30, 84 in Ingolstadt bis minus 17.47 im Landkreis Weilheim-Schongau. 12 Umlagezahler sind im Plus, 11 im Minus. Auf diese individuelle Leistungsfähigkeit der einzelnen Umlagezahler nimmt das System „Bezirksumlage“ Rücksicht. Das ist für mich auch einer der großen Vorteile, die für den kommunalen Staatsaufbau auf drei Ebenen sprechen. Staatliche Ausgleichsmittel hin oder her; die Bezirksumlage ist die zentrale Säule unserer Finanzierung. Dies sieht im Übrigen auch der Bayerische Gemeindetag so, aus dessen Verbandsnachrichten ich einen bedenkenswerten Abschnitt zitieren will: „Trotz des hohen Niveaus des Art. 15 FAG ist zu befürchten, dass die Bezirksumlagesätze 2010 steigen werden. Ursache dafür ist nicht zuletzt der kontinuierliche Anstieg der Sozialleistungen, insbesondere die Zahl der Hilfeempfänger. Eine Aufstockung des Art. 15 FAG hätte weitere Umschichtungen z.B. aus dem allgemeinen Steuerverband erfordert. Das wäre jedoch allein zulausten der Schlüsselzuweisungsträger gegangen. Höhere Bezirksumlagesätze hingegen werden von allem Kommunen im Bezirk entsprechend der jeweiligen Leistungsfähigkeit mitgetragen!“

Für uns als Bezirk eine hoch interessante Aussage.

Anrede

Und obwohl, die Sozialhilfe den Löwenteil unserer Haushalts beansprucht und vom Inhalt der Aufgaben und der Größe des Personalkörpers sicherlich auch unsere zentrale Herausforderung im zu Ende gehenden Jahr war und sicherlich auch bleiben wird, möchte ich alle anderen Bezirksaufgaben und Einrichtungen nicht vergessen.

Lassen Sie mich kurz einzelne Highlights herausgreifen:

Gesundheit:

Mit großer Freude kann ich hier vermelden, dass unsere Erwartungen an unser Kommunalunternehmen bisher sich voll und ganz erfüllt haben. Mit der Zustimmung, dass wir in Fürstenfeldbruck im Häussler Park eine regionalisierte Psychiatrie erreichen dürfen, ist vor wenigen Wochen endlich ein viele, viele Jahre dauerndes Ringen zu einem guten Ende gekommen.

Schulen:

Große Bildungsoffensive im Schulzentrum Johanneskirchen: Neubauten und Sanierungen, damit die Schulen optimale Ausbildungsvoraussetzungen anbieten können und die Schüler und Studierenden bestmöglich auf den Beruf vorbereitet werden.

Die Dichte der Grundsteinlegungen und Richtfeste in den nächsten Jahren wird gewaltig sein!

Kultur:

Zu den Oberbayerischen Kultur- und Jugendkulturtagen in Starnberg ist eigentlich alles gesagt! Wer nicht teilgenommen hat, ist selbst schuld. Nun müssen wir daran arbeiten, 2011 in Eichstätt Kulturtage mit eigenem Profil zu schaffen, die sich nicht am „Vorbild“ Starnberg orientieren, sondern einen eigenständigen Charakter aus der Region heraus entwickeln.

Anrede

An alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Bezirks Oberbayern richte ich meinen Dank für die Einsatzbereitschaft, die sie auch in diesem Jahr trotz Aufgabenmehrung gezeigt haben. Im Besonderen bedanke ich mich heute natürlich bei Herrn Rössler und Frau Hirschhuber, die die Hauptlast der Haushaltserstellung tragen und jederzeit geduldig Rede und Antwort stehen.

Ich danke aber auch Ihnen, den Kolleginnen und Kollegen aus dem Bezirkstag. Nach einem Jahr der Zusammenarbeit haben wir einen Grad der Normalität erreicht, der noch lange nicht Routine ist, aber schon recht gut funktioniert. An die Antragsdichte an die Bezirksgremien mancher Kollegen müssen wir uns erst noch gewöhnen und einen gemeinsamen Weg finden. Wer anfangs vielleicht Bedenken hatte, die „Große Kooperation“ aus CSU und SPD würde zu Eintönigkeit und vorgefertigten Entscheidungen führen, dessen Bedenken hat die Realität hoffentlich zerstreut. Trotz bestem Einverständnis zwischen den Kooperationspartnern bleibt es manchmal spannend. Ganz persönlich danke ich meinen beiden Stellvertreterinnen Uschi Bittner und Friederike Steinberger. Ihnen allen, meine Damen und Herren, danke ich für Ihre Bereitschaft, sich intensiv auf Bezirksthemen einzulassen! Unsere Diskussionsfreudigkeit werden wir heute sicher noch bei den weiteren Themen der Tagesordnung unter Beweis stellen.

Ich möchte Sie nun bitten, meine Damen und Herren Mitglieder des Bezirkstages von Oberbayern, dem vorliegenden Haushaltsentwurf zuzustimmen. Für die Zusammenarbeit bedanke ich mich ausdrücklich. Ich wünsche Ihnen gesegnete Festtage im Kreis Ihrer Familien und Freunde und Gesundheit, Freude und Zufriedenheit im neuen Jahr.

Anlage 2

BR Michael Asam – Vorsitzender der SPD-Fraktion im Bezirkstag v. Oberbayern

Haushaltsrede 2009

- es gilt das gesprochene Wort -

Sehr geehrter Herr Regierungspräsident,
verehrte Vizepräsidentinnen, Herr Präsident,
sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen,

- Der Haushalt 2010 wird als einer der bedeutenden in die Geschichte des Bezirks Oberbayerns eingehen. Insofern bedeutend, weil dieser Haushalt noch mindestens drei weitere schwierige Jahre einläuten wird, von denen heute keiner weiß, was letztendlich auf uns zukommen wird.
- In den Ausschüssen wurden bereits alle Einzelpläne durchleuchtet und diskutiert. Wie in jedem Jahr hat die SPD-Fraktion mit dem Kämmerer Herrn Rössler den Haushaltsentwurf für 2010 durchleuchtet und in seinen Einzelplänen besprochen. Für diese für uns sehr wichtige ausführliche Information und auch den zeitlichen Aufwand möchte ich mich namens der SPD-Fraktion bei Ihnen Herr Rössler nochmals sehr herzlich bedanken.
- Gerade bei diesem Haushalt ist es besonders wichtig, nicht nur das Jahr 2010 zu betrachten sondern sich dessen bewusst zu sein, dass die jetzt zu treffenden Entscheidungen auch für einige Jahre darüber hinaus bedeutsam sein werden. Ich sage dies ganz bewusst, gerade im Hinblick auf die Erhöhung des Hebesatzes. Denn auch in diesem Jahr stehen wir vor der Entscheidung einen Hebesatz nach den gesetzlich vorgegebenen Aufgaben und Leistungen zu beschließen, oder ohne Rücksicht auf die Finanzlage des Bezirks, eine geringere Umlage beschließen, die auf die finanzielle Situation der Städte, Kommunen und Landkreise Rücksicht nimmt. Würden wir einer geringeren Umlageerhöhung, als die vorgeschlagen 1,4 Punkte zustimmen, wäre das unseres Erachtens ein falsches Signal und auch nicht zu verantworten. Weniger Bezirksumlage kann für die Zukunft bedeuten: eventuell viele notwendige Hilfsangebote zu streichen, gute Versorgungsstrukturen zu gefährden oder den Haushalt in eine finanzielle Schieflage zu bringen, die schon in den nächsten Jahren nicht mehr vertretbar sein wird. Eine Überspannung der Verschuldung würde uns in den Folgejahren noch weitere Probleme bereiten und das eigentliche Problem nur kaschieren bzw. hinausschieben.

Die Wirtschafts- und Finanzkrise hinterlässt logischer Weise auch hier mit einer Umlagekraftminderung von 17 Mio. seine Spuren. Dazu kommen der Fehlbetrag von rund 39 Mio. aus dem Jahr 2008 und die neuerliche Steigerung in der Sozialhilfe von 5 Prozent. An Hand dieser Zahlen ist klar ersichtlich, dass eine Erhöhung der Bezirksumlage unumgänglich und aus unserer Sicht auch nicht anders vertretbar ist.

Auf eine Anpassung der Umlage zu Lasten einer Neuverschuldung zu verzichten halten wir eindeutig für den falschen Weg. Vielmehr muss wieder einmal auf die schon seit vielen Jahren zu geringe nicht angepasste Ausstattung der Bezirke mit FAG Mitteln hingewiesen werden. Hier kommt der Freistaat Bayern nicht seinen gesetzlichen Verpflichtungen nach.

Würde die FAG-Ausstattung um 10 % angehoben bzw. den veränderten Gegebenheiten angepasst werden, dann könnten wir uns die Diskussion um Umlageerhöhungen sparen und müssten nicht den Druck an die sowieso schon gebeutelten Landkreise und Kommunen weiterreichen.

Durch diese unehrliche Sozialpolitik wird die kommunale Familie immer wieder unnötig belastet, obwohl jeder nur die gesetzlichen Vorgaben erfüllt. Der Bezirkshaushalt besteht aus ca. 97 % gesetzlichen Vorgaben, die restlichen Prozentchen sind ebenfalls wichtige Aufgaben im Kultur- und Bildungsbereich. Also besteht überhaupt kein Spielraum in der Kostenverteilung um nicht rechtswidrig zu handeln. Es muss der Freistaat reagieren und endlich die Finanzmittel so verteilen, wie es die Sozialgesetze fordern und nicht die Problematik auf die Kommunen abwälzen, die dadurch immer mehr in ihrem kommunalen Finanzspielraum eingeengt, ja sogar handlungsunfähig werden.

Deshalb begrüßen wir es ausdrücklich, dass alle Fraktionen im Rahmen der Neufassung des FAG an einem Strang ziehen und die Forderung nach einer Erhöhung gegenüber dem Finanzministerium vehement vertreten. Sehr erfreulich dabei ist, wie hierbei auch der Präsident mit der CSU-Fraktion gegenüber der Staatsregierung auftritt – das war nicht immer so!

Kommt es zu keiner deutlich verbesserten Finanzausstattung wird spätestens 2011 die Finanzierung der Ausgaben im Bezirk Oberbayern im Hinblick auf die angespannte Situation der sonstigen kommunalen Haushalte nicht mehr darstellbar sein.

So fordern wir Herrn Seehofer und Frau Haderthauer auf, nicht nur durch die Lande zu ziehen um zu erklären, dass sie an der Schraube der Sozialhilfeleistungen für benachteiligte Menschen nicht drehen werden, sondern endlich und gleichzeitig die Bezirke mit genügend Finanzmitteln auszustatten. Ich werde, um dem Nachdruck zu verleihen – auch ein Kerzchen anzünden, vielleicht kommt dann noch die göttliche Eingabe im Sinne unserer Forderung.

- Auch der diesjährige Haushalt beinhaltet eine qualitativ hochwertige Versorgung unserer in vielerlei Hinsicht bedürftigen Mitbürger. Die sich immer wieder veränderten Bedürfnisse müssen in konstruktiver Zusammenarbeit mit den Verbänden und Institutionen auch in Zukunft bewältigt werden. Hierbei wird uns alle die Umsetzung der Behindertenkonvention der UNO noch ein breites Aufgabenfeld liefern.
- Die Entwicklung im Kommunalunternehmen zeigt sich weiterhin zufriedenstellend. Dafür Herrn Spuckti und seinem Team, d.h. allen Mitarbeitern in den Einrichtungen herzlichen Dank. Auch im klinischen Bereich wird man sich den ständig neuen Her-

ausforderungen stellen müssen um bestehen zu können. z.B. wird die Geriatrie das nächste große Thema sein – auch im psychosomatischen Bereich müssen wir die fachlich hohe Kompetenz unserer Häuser nutzen! Der Ausbau wohnortnaher Psychiatrien muss weiterhin verfolgt werden. In dem Zusammenhang freue ich mich sehr, dass nun endlich eine Tagespsychiatrie in Peißenberg ab März 2010 den Patienten zur Verfügung stehen wird.

- Noch einen Blick zur Kulturpflege

- Mit Ausgaben von 29.6 Mio. € im Verwaltungsetat 2010 für Kultur und Schule kann das Niveau 2009 gehalten werden. Dies verdient Anerkennung in schwieriger Zeit.
- Damit bleibt es z. B. beim doch ordentlichen Förderungsniveau für den Denkmalschutz, dessen Mittel nicht zuletzt auf Initiative der SPD in 2009 deutlich erhöht wurde. Ebenso für die regionale Theaterförderung und Förderung von Musikinitiativen mit jeweils 250.000 €.
- Die Ausgaben im Vermögensetat steigen von 9,6 Mio. € auf 18,7 Mio. €. Darin spiegeln sich zwei Projekte wider. Zu einem der Ausbau des Schulzentrum Johanniskirchen. Dies wird von der SPD-Fraktion uneingeschränkt begrüßt. Aber auch die Investitionen im Agrarbildungszentrum mit 4,2 Mio. € stellen eine wichtige Zukunftsinvestition dar, wobei 2,9 Mio. € im Rahmen des Konjunkturprogramms finanziert wurden.
- So erfreulich diese Entwicklung ist, umso unerfreulicher ist es, dass wir im Schulbereich auf ca. 1,1 Mio. € Kosten für die Schülerbeförderung sitzen bleiben, weil der Freistaat Bayern seinen Verpflichtungen hier nicht angemessen nachkommt.
- Zurück zur Kultur: Der Weg der regionalen Kulturförderung, die das Brauchtum, aber auch Zeitgenössisches fördert, müssen wir nach unserer Auffassung konsequent weitergehen. Dazu zählt auch das Projekt eines Arbeiter- und Industriemuseums für Oberbayern, wo wir einen Rückschlag erlitten haben.
- Aber der Ausstieg aus dem „Radom-Projekt“ war angesichts der technischen und wirtschaftlichen Risiken unvermeidlich. Nun bestehen u. E. bessere Chancen in Ingolstadt. Aber auch hier bedarf es viel Engagement und Beharrlichkeit. Alle Fraktionen sind hier eingebunden und dies ist gut so.
- Auch im Zeichen knapper Kassen bleibt noch viel zu tun. So sollte endlich ein Pop-Beauftragter, angesiedelt beim Bezirksjugendring, in 2010 realisiert werden. Andere Bezirke sind da viel weiter. Aber es gilt auch für den Bezirk, *Kultur rechnet sich nicht, aber sie zahlt sich aus.* (Zitat Roman Herzog)

- Noch eine Bemerkung zu den Zuverdienstplätzen in Oberbayern. Die SPD-Fraktion begrüßt ausdrücklich die Bildung einer Arbeitsgruppe zur Überarbeitung der Förderrichtlinien von Zuverdienst Arbeitsplätzen für die sie sich auch eingesetzt hat. Es wäre falsch gewesen, diese sinnvolle und wichtige Förderung ohne Einbindung der Verbände schon zum 01.01.2010 umzustellen. So kann jetzt in Ruhe unter Einbindung der Betroffenen, Verwaltung und Politik eine ausgewogene Überarbeitung der Förderung erfolgen die dann ab 01.01.2011 umgesetzt werden kann. Immerhin werden z. Zt. rund 800 Arbeitsplätze für psychisch kranke-behinderte und suchtkranke Menschen gefördert, die sonst keine Chance hätten auf dem Arbeitsmarkt untergebracht zu werden. Nicht nur für die Betroffenen der richtige Ansatz, auch volkswirtschaftlich eine sinnvolle Förderung. Also soll und wird man bemüht sein eine gute tragfähige Lösung für die Zukunft zu finden.

- Nun möchte ich mich im Namen der SPD-Fraktion bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Bezirks Oberbayern und seinen Einrichtungen für ihr Engagement bei

den vielfältigen Aufgaben die sie zu bewältigen haben herzlich bedanken. Auch danke ich den Kolleginnen und Kollegen des Bezirkstags für die meist sehr konstruktive und freundliche Zusammenarbeit. Die Kooperationsarbeit klappt bis auf wenige Holpersteine ganz gut, aber diese ist ja auch für beide Seiten eine neue Herausforderung. Mein besonderer Dank gilt Herrn Rössler sowie seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die Ausarbeitung des Haushaltes 2010 und die stets offene Zusammenarbeit mit unserer Fraktion.

Wir, die SPD-Fraktion, werden dem Haushaltsentwurf 2010 zustimmen.

Michael Asam
SPD Fraktionsvorsitzender

Anlage 3

BRin Martina Neubauer – Bündnis 90/Die Grünen

Haushaltsrede 17. Dezember 2009 für das Haushaltsjahr 2010

- es gilt das gesprochene Wort -

Anrede

So eine richtige Weihnachtsstimmung mag nach den Entwicklungen der vergangenen Wochen, den intensiven Haushaltsberatungen und den Hiobsbotschaften aus den Kommunen nicht aufkommen. Dazu kommt dann noch das sogenannte Wachstumsbeschleunigungsgesetz der schwarz-gelben Bundesregierung, das die Kommunen, sollte der Bundesrat hier nicht die Notbremse ziehen, in weitere ganz erhebliche finanzielle Schwierigkeiten bringen wird.

Dennoch möchte ich - in gute Tradition - zunächst unserem Kämmerer und seinem Team sehr herzlich danken. Wie in den vergangenen Jahren hat er uns das Zahlenwerk in einer Sitzung dargelegt und stand für alle Fragen gewohnt souverän zur Verfügung. Ein herzliches Dankeschön dafür! Und diese Anmerkung sei mir erlaubt: eine gut funktionierende Finanzverwaltung ist die halbe Miete.

Die Haushaltsberatungen verliefen in diesem Jahr erstaunlich harmonisch. Die vorgelegte Haushaltssatzung ist nur auf verhaltenen Widerstand gestoßen. Da waren zum einen die Kollegen der FW, die der Meinung waren, die Bezirksumlage um 1,22 Prozentpunkte zu erhöhen sei angemessen und ausreichend und die FDP, die deutlich über den mehrheitlich empfohlenen Wert von 1,4 Prozentpunkten Erhöhung gehen will. Die freien Wähler sehen sich den weiteren kommunalen Ebenen verpflichtet und verkennen dabei aus unserer Sicht, dass es in den nächsten Jahren noch bitterer werden wird: Steigende Fallzahlen und sinkende Einnahmen werden zu weiteren Bezirksumlagesteigerungen führen - denn auf den Freistaat im Rahmen des Finanzausgleichs oder gar auf die Bundesregierung mit einem Bundesteilhabegesetz werden wir uns auch in Zukunft nicht verlassen können. Aus diesem Grund erscheint eine im Verhältnis zu den steigenden Fallzahlen moderate Erhöhung durchaus vertretbar.

Was die FDP im Schilde führt, ist in sich stimmig. Erst die kommunalen Haushalte an die Wand fahren und dann in den nächsten Jahren erklären, dass für kommunale Daseinsfürsorge, für Bildung und Soziales und vor allem für Klima- und Umweltschutz kein Geld mehr da ist. Wir hören schon den Ruf nach Privatisierung!

Wir werden uns dafür einsetzen, dass die finanziell schwierige Lage der Kommunen nicht auf dem Rücken der Menschen in sozialen Notlagen ausgetragen wird. Wir sind davon überzeugt, dass auch Sie, werte Kolleginnen und Kollegen, die Brisanz erkannt haben und der von uns bereits Ende November vorgelegten Resolution zustimmen werden.

Nach den Landtags- und Bezirkstagswahlen mit den neuen Mehrheiten, waren wir gespannt, wie sich die beiden Kooperationspartner zusammenraufen würden. Würde es ein neues Profil in der Sozialpolitik im Bezirkstag geben? Wir haben erwartet, dass nach der Blockadehaltung in der vergangenen Amtsperiode mehr Bewegung in die Diskussionen und damit Entscheidungen kommt. Fehlanzeige. Ein drastisches Beispiel und durchaus symbolisch war der Umgang mit den Zuverdienstarbeitsplätzen. Ein oberbayerisches Vorzeigemodell, das sehenden Auges kaputt gespart werden sollte. Kaputt gespart auf dem Rücken der Betroffenen. Das war ein unwürdiges Agieren. Es bleibt zu hoffen, dass es in der Arbeitsgruppe gelingt, vernünftige Lösungen zu finden.

Und damit bin ich bereits bei unserem größten Haushalt und unserem Sorgenkind angelangt. Der Einzelplan 4 in seiner ganzen Dimension. Steigende Fallzahlen, Gegenwind von den Wohlfahrtsverbänden, Kritik aus dem bayerischen Landtag, sich formierende Betroffene und Angehörige und eine UN-Konvention, die sich mit den Rechten von Menschen mit Behinderung auseinandersetzt, klare Forderungen und Ziele formuliert und die von allen Bundesländern ratifiziert wurde.

Wir wollen, dass die eingesetzten Gelder bei den Menschen ankommen, die sie benötigen. Eine bürgerfreundliche effektive Verwaltung ist dafür ebenso Voraussetzung, wie konsequente politische Beschlüsse und Finanzierungssicherheit. Eine effektive Verwaltung, die souverän in der Lage ist, im Einzelfall flexibel und human zu entscheiden und nicht dogmatisch am Komma des Gesetzgebungstextes festhält.

Was fehlt, ist eine klare Haltung zu Fragen der Steuerung. Es reicht eben nicht oder ist geradezu kontraproduktiv sich über sog. Benchmarks mit den anderen Bezirken zu messen und dann Einsparmodelle zu fahren. Was wir tun müssen, ist klare Ziele auf der Grundlage der UN-Konvention formulieren, Prognosen für die Zukunft erstellen und wirksame Steuerungsmodelle entwickeln und umsetzen. Ohne die Schaffung

von Anreizen wird es nicht gelingen, den ambulanten Bereich zu stärken und im stationären Bereich den weiteren Ausbau zu stoppen.

Für die Öffnung der Schulen mit dem Ziel der Inklusion müssen mehr Gelder für Integrationshelfer und pädagogisches Personal bereitgestellt werden. Insgesamt müssen die Rahmenbedingungen an den Schulen für gemeinsames Lernen von behinderten und nicht behinderten Kindern verbessert werden. Dies ist nur im Zusammenspiel mit dem Kultusministerium als große gesellschaftliche Aufgabe zu verwirklichen. Die Untersuchungen zu den Wirkungen eines inklusiven Schulsystems sind beeindruckend.

Wir müssen alles dafür tun, dass die volle und wirksame Teilnahme am Arbeitsleben für behinderte Menschen möglich wird. Es darf nicht hingenommen werden, dass immer mehr Menschen vom ersten Arbeitsmarkt ausgeschlossen werden und im Gegenzug die Zahlen bei den Werkstätten für behinderte Menschen (WfbM) immer weiter ansteigen. Stichwort: Außenarbeitsplätze, Integrationsfirmen.

Wir sind bereit, das Thema Steuerung in jeder Hinsicht, auch in finanzieller Hinsicht, mit zu tragen. Wir sind davon überzeugt, dass es gelingen kann, mit den vorhandenen Ressourcen einen Weg einzuschlagen, der den Zielen der UN-Konvention und damit den Menschen mit Behinderung Rechnung trägt.

Gesundheit – Im Westen nichts Neues?

Im Bereich der Psychiatrie freut es uns besonders, dass die Regionalisierung wieder Fortschritte macht.

Endlich kam es zu einer Einigung mit den Münchner Kliniken. Wir begrüßen sehr, dass in Schwabing eine Abteilung des Isar-Amper-Klinikums entsteht.

Seit Jahren besonders schwierig gestaltete sich die Verlagerung der Betten in den Westen Oberbayerns. Trotz eines vor mehr als 15 Jahren getätigten Grundstückskaufs, dem Häuslerpark, ging nichts voran. Immer wieder gab es unüberwindbare Hürden, neue Ideen, die wieder verworfen werden mussten. Die Realisierung der Verlagerung erschien teilweise aussichtslos. Auch wenn wir keine Pessimisten sind und an die Vernunft glauben, verließ uns hier der Glaube. Umso erfreulicher, dass es jetzt grünes Licht gibt. Der Krankenhausplanungsausschuss hat beschlossen, dass im Häuslerpark eine neue Psychiatrie entstehen kann.

Die Klinik wird voraussichtlich die Kriterien einer gemeinsamen Eingangstür mit der Somatik nicht erfüllen. Schade, denn es ist ein sinnvoller Weg Stigmatisierung entgegenzuwirken. Aber die fehlende gemeinsame Eingangstür ist nicht nur als Makel zu begreifen, sondern auch als Auftrag, stärker gegen Diskriminierung vorzugehen. Ein Auftrag, an dem die Politik und die Kliniken gemeinsam arbeiten müssen. Es sollte zur Normalität unsere Gesellschaft gehören, durch eine Tür in die Psychiatrie zu treten.

Der Neubau einer Klinik stellt aber auch noch ganz andere Herausforderungen. Unser Klima wandelt sich, die Ressourcen werden knapper. Dies gilt es, bei den Planungen zu berücksichtigen und höchste Standards zu verwirklichen. Energetisch muss das Haus zukunftsfähig ausgerüstet werden, auch wenn der Preis dafür momentan vielleicht höher erscheint, mittel- und langfristig werden wir alle davon profitieren. Wir fordern unsere Vertreterinnen und Vertreter im Verwaltungsrat auf, hierauf ein besonderes Augenmerk zu legen.

Die nächsten Jahre werden noch weitere Herausforderungen auf die Kliniken zukommen, die Ausweitung der ambulanten Versorgung und die Einführung des pauschalierten Entgeltsystems.

Schlecht, um nicht zu sagen sehr schlecht, läuft die **EDV-Service Gesellschaft**. Besser gesagt die EDV Firmen. In diesem Jahr schaffte es ein monatealter also uralter sogenannter Wurm, in das System des Inn-Salzach-Klinikum einzudringen und einen nicht unerheblichen Schaden anzurichten. Dies hätte eigentlich gar nicht passieren dürfen, da sowohl die Softwarehersteller diese Lücken schon geschlossen hatten, als auch die Virens Scanner auf diese Attacke vorbereitet waren – wären sie denn upgedated gewesen. Dass dies nicht der Fall war, ist ein klares und nicht wegzudiskutierendes Organisationsverschulden der IT der Kliniken. Verantwortung hat freilich letztlich niemand übernommen, zumindest nicht für den Schaden, der nicht mal beziffert werden konnte. Aber das Problem liegt eigentlich ganz woanders. Die komplizierte Struktur der Trennung von Software und Hardwaredienstleistungen und wie wenn dies nicht reichen würde dann auch noch die gemeinsame GmbH bei der EDV-Infrastruktur zwischen Bezirk und den Kliniken hat auf der einen Seite zum Anschwellen des Kopfes und damit zur Steigerung der Kostenseite und auf der anderen Seite zur Minderung der Qualität der EDV-Versorgung geführt.

Die Kliniken sollen ihre EDV autonom regeln. Aus einem einfachen Grund: Es gibt praktisch keine Gemeinsamkeiten. Diese zu erzwingen kostet weiterhin sehr viel

Geld. Die wenigen Synergieeffekte die man evtl. erzielen könnte, kann man auch mit direkten Verträgen zwischen den Partnern regeln.

Im Logo des Bezirks Oberbayern findet sich neben den Begriffen

Soziale Hilfen, Gesundheit, Bildung und Ausbildung, Kultur, Heimatpflege auch der Bereich Umwelt

Zur Erinnerung zitiere ich gerne den Vorspann aus unserem Internet-Auftritt: „Als kommunale Gebietskörperschaft hat der Bezirk Oberbayern eine besondere Verantwortung für die Umwelt und die Verpflichtung, mit den vorhandenen Ressourcen so schonend wie möglich umzugehen. Betrieblicher Umweltschutz in den Einrichtungen des Bezirks und der Schutz der Kulturlandschaften der Region werden deshalb sehr ernst genommen.“

Die Themen CO₂-Minimierung und Energieeffizienz sind uns ein großes Anliegen. Die Klimaveränderung ist zu einer existenziellen Herausforderung der gesamten Menschheit geworden und erfordert jetzt Maßnahmen; global und lokal.

2009 haben wir zahlreiche Anträge zu diesem Thema gestellt: Beitritt des Bezirks zum Klima-Bündnis, Ökostrombezug, Priorität für die energetische Gebäudesanierung, Solaranlagen für das Schwimmbad in der Johann-Nepomuk-von-Kurz Schule und das Agrarbildungszentrum Landsberg am Lech, einen Grundsatzbeschluss, dass bei zukünftigen Bauvorhaben und bei der Erneuerung bestehender Heizungsanlagen ausschließlich regenerative Energieträger zum Einsatz kommen und dass bei Neubauvorhaben der Passivhausstandard erreicht werden sollen. Leider sind unsere Anträge auf wenig Gegenliebe gestoßen; ihnen wurde nur teilweise gefolgt und wir hatten den Eindruck, dass die Auseinandersetzung mit diesen überlebenswichtigen Themen den zuständigen Gremien eher lästig war.

In unserem jüngsten Antrag vom November zum Thema Energie fordern wir, dass alle geeigneten Dachflächen der bezirkseigenen Liegenschaften und Schulbauten kurzfristig komplett mit Photovoltaikanlagen ausgerüstet werden. Neben einem Schritt zur Unabhängigkeit von fossilen Energieträgern eröffnet die Erzeugung von Strom aus Photovoltaik durch die garantierte Einspeisevergütung und die momentan sehr zinsgünstigen Kredite kalkulierbare Einkünfte und damit finanzielle Handlungsspielräume.

Unser aller Lieblingskind ist sicher die Kultur.

Auch wenn hier im Verhältnis zum Gesamthaushalt relativ geringe Mittel zur Verfügung stehen, erzielen wir große Wirkung in der Region.

Herausragendes Beispiel waren in diesem Jahr die Oberbayerischen Kultur- und Jugendkulturtage. Sie waren ein Höhepunkt und haben viele Akteure zusammengebracht. Im nächsten Jahr wird es – trotz knapper Kasse – eine Fortsetzung geben. Wir warnen davor, im Kulturbereich den Rotstift anzulegen. Der Bezirk Oberbayern unterstützt – häufig mit relativ kleinen Beträgen – regionale Initiativen und setzt Impulse mit seinen Förderpreisen. Dass es in den vergangenen Jahren zu kritischen Nachfragen und dem Wunsch nach Umsteuerung kommt, ist nur zu begrüßen. Die Förderung der Gebirgsjäger wie die aus unserer Sicht überdimensionale Förderung der Schützen seien als zwei Beispiele genannt.

Wir wünschen uns für die Zukunft einen Fördertopf für interkulturelle Projekte, um das Zusammenleben und das Zusammenwachsen der Bevölkerung in Oberbayern positiv zu unterstützen. Diskussions- und Entscheidungsbedarf besteht für das kommende Jahr um eine größere Vielfalt in der Kulturförderung für demokratisch politische Kultur zu ermöglichen. Dies insbesondere angesichts sich ausbreitender Demokratieverdrossenheit und latenter Fremdenfeindlichkeit.

Nach dem Hin und Her um das Radom unterstützen wir es, die „Alte Gießerei“ in Ingolstadt einer intensiven näheren, auch planerischen, Betrachtung zu unterziehen. Ingolstadt hat eine gute Infrastruktur, sodass ein Museum für Arbeiter- und Industriekultur auch das notwendige öffentliche Interesse erfahren kann.

Wir werden wachsam beobachten, inwieweit die personelle Ausstattung im Kulturreferat zu qualitativen Einbußen führt.

Unsere Einrichtungen im kulturellen Bereichen, seien es der Schafhof, das Kloster Seeon, das auch kulturell immer wieder Highlights setzt oder unsere Museen an der Glentleiten und Amerang sind wirkliche Aushängeschilder für den Bezirk Oberbayern.

Nicht unerwähnt will ich unsere Fachberater lassen, die in ihren jeweiligen Zuständigkeitsbereichen weit über die Grenzen Oberbayerns hinaus für Aufmerksamkeit sorgen und sowohl im ökologischen als auch im heimatkundlichen Bereich Hervorragendes leisten.

Ein besonderes Anliegen ist uns die weitere Förderung des Bezirksjugendrings. Die Jugendarbeit steht vor einer großen Herausforderung. Eine sich verändernde Gesellschaft, in der Leistung mehr denn je zählt und ehrenamtliches Engagement zwar gewünscht, aber bitte außerhalb der beruflichen Tätigkeit zu leisten ist, eine Gesellschaft in der endlich das Thema Ganztagschule angekommen ist und damit völlig neue Herausforderungen an Kinder und Jugendliche stellt, ist mehr denn je auf eine gute, offene Jugendarbeit angewiesen. Jugendliche brauchen Freiräume, Räume sich auszuprobieren, Bereiche, in denen sie Verantwortung übernehmen können. Lassen Sie uns gemeinsam dafür sorgen, dass dies auch weiterhin gut möglich ist.

Dass wir dem Haushaltsentwurf in der vorgelegten Form zustimmen, ist kein Geheimnis.

Mein Dank gilt den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der Verwaltung, in den Einrichtungen und in den Kliniken. Gerade in der Verwaltung waren die Belastungen in den vergangenen beiden Jahren ganz erheblich. Wir haben großes Interesse daran, die Fluktuation einzudämmen und gemeinsam mit Ihnen Verbesserungen umzusetzen. Wir werden uns diesem Thema im kommenden Jahr verstärkt annehmen.

Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen, möchte ich für die gute Zusammenarbeit und das gute Arbeitsklima danken.

Uns allen wünsche ich ein frohes Weihnachtsfest, erholsame Tage und ein gesundes und erfolgreiches Jahr.

Anlage 4

BRin Friedl-Lausenmeyer FDP-Fraktion

Haushaltsrede 17. Dezember 2009 für das Haushaltsjahr 2010

- es gilt das gesprochene Wort -

Sehr geehrter Herr Regierungspräsident,
sehr geehrter Herr Präsident,
sehr geehrte Damen und Herren,

in Gemeinderäten und Kreistagen ist die Bezirksumlage debattiert worden, und es schwingt, wie immer, Unverständnis mit über die Erhöhung und die Gründe dafür, wie zum Beispiel die Erhöhung des Stellenplanes. Als Bezirksräte sind wir in Erklärungsnot, wir müssen manches verteidigen, wovon wir selbst nicht so wirklich überzeugt sind.

Bisweilen beschleicht uns Liberale das Gefühl, dass Organisation und Struktur der Bezirksverwaltung nicht mehr ganz zeitgemäß sind. Zudem scheint der Arbeitsplatz „Bezirksverwaltung“ nicht die Anerkennung zu genießen, die wir uns wünschen. Es gibt zu viele offene Stellen, einzelne Bereiche sind aber überlastet. Personalentwicklung, Strukturwandel und Arbeitsorganisation sind unserer Meinung nach die Schlüsselwörter der Zukunft. Wir wünschen uns für die Bezirksverwaltung ein modernes Management, das Probleme erkennt, analysiert und löst.

Immerhin konnte die FDP - Fraktion im Personalbereich erreichen, dass die bei Stellenausschreibungen verwendete Antidiskriminierungsformel abgeändert worden ist. Der Bezirkstag fördert nun „die berufliche Gleichstellung von Frauen und Männern, unabhängig von deren Herkunft, Hautfarbe, Religion und sexueller Orientierung“ und wird dies zukünftig bei Stellenanzeigen entsprechend formulieren.

Diese neue, breitere Formulierung kann der schon bislang vorbildlichen Aufgabenstellung des Bezirkes als Träger von Einrichtungen im Bereich psychisch, seelisch und körperlich behinderter Menschen deutlicher Rechnung tragen und ein sichtbares Signal geben. Wir sehen dies als einen Schritt, dass sich der Bezirk als ein Arbeitgeber in der Öffentlichkeit präsentieren kann, der Integration und Miteinander aktiv fördert - gerade auch angesichts der Problematik, dass eine hohe Zahl an Stellen in der Verwaltung unbesetzt ist. Diesem Umstand, der Analyse und Abhilfe widmet sich die FDP Fraktion mit Nachdruck.

An einigen Beispielen lässt sich verdeutlichen, dass auch die personellen Ressourcen an ihre Grenzen stoßen. Die großen Aufgabenbereiche, auch mit Blick auf den neu übernommenen Bereich der „Ambulanten Eingliederungshilfe“, sind zumindest im ersten Schritt eher suboptimal umgesetzt worden - und dies - leider - zum Nachteil der Betroffenen. Es war regelmäßig Nachbesse-

rung notwendig, was nicht nur für alle Beteiligten problematisch, sondern auch kostenaufwändig ist.

- Bei der Mobilitätshilfe waren es die unverständlichen Anschreiben und die Problematiken für jene, die mit Geld selbst nicht umgehen können - dies war nicht berücksichtigt und wurde in die zu spät eingesetzte Arbeitsgruppe verschoben.

- Bei der Umsetzung des BSG-Urteils zur Übernahme der Mittagessenkosten in Werkstätten war es die schleppende Umsetzung sowie ein serielles Anschreiben, das aufgrund eines technischen Fehlers bis zu zehn Mal an die Betroffenen verschickt worden ist, was zu Verunsicherung auch bei den Betreuern geführt hat.

- Bei der Genehmigung für die Schulbegleitung war es die unkoordinierte Vorgehensweise, durch die Eltern teilweise bis nach Schulbeginn auf den Genehmigungsbescheid warten mussten. Erst durch Druck von FDP und B'90 / Grüne kam Bewegung in die Angelegenheit.

- Bei der Umstellung der Förderung bei Zuverdienstmöglichkeiten - was eine grundsätzlich nicht zu beanstandende Überlegung zur Umstrukturierung in diesem Bereich ist - war es der mangelnde zeitliche Vorlauf für die betroffenen Einrichtungen und Träger.

Bei diesen beispielhaft geschilderten Vorgängen ist deutlich geworden, dass die personellen Ressourcen der Sozialverwaltung an ihre Grenzen stoßen. In allen Fällen sind an die FDP Fraktion Schreiben eingegangen, aus denen nachvollziehbar hervorgeht, dass zumindest Teile der Verwaltung nur ungenügend auf die Situation der Betroffenen eingehen.

Wir vermissen auch hier in der personellen Ausstattung ein Grundkonzept, es fehlt der „Rote Faden“. Es ist zum Beispiel nicht erkennbar, wie sich die Situation durch die Verlagerung der Ambulanten Eingliederungshilfe auf die Betroffenen in Oberbayern signifikant zum Positiven verändert hat. In vielen Bereichen muss erst noch der Beweis erbracht werden, dass der Bezirk effizienter und zugleich qualitätsvoller agieren kann als die zuvor zuständigen Ebenen.

Positiv hervorzuheben ist, dass z.B. im Bereich „Politik für Menschen mit Behinderung“ einiges auf den Weg gebracht worden ist, wie etwa das Pilotprojekt in Weilheim-Schongau. Dennoch halten wir es für wünschenswert, dass der Bezirk stärker als in der Vergangenheit politische Zielvorstellungen entwickelt, wie auf die Bedürfnisse der einzelnen Betroffenen besser eingegangen werden kann.

Bezeichnend ist hier der Umgang mit der Anhörung im Bayerischen Landtag. Es hätte eine Selbstverständlichkeit sein müssen, dass man sich im Sozialausschuss oder im Plenum austauscht über Ablauf und Inhalte der Anhörung zur Übertragung der Eingliederungshilfe an die Bezirke. Erst nach Antrag der FDP Fraktion findet nun im neuen Jahr 2010 - über mehr als sechs Monate nach der Anhörung am 2. Juli 2009 - eine Behandlung der Themen statt.

Der Bezirk ist der erste Ansprechpartner für Menschen mit Behinderung. Er sollte diesem Anspruch auch insofern gerecht werden, dass er sich idealer-

weise mit an die Spitze der politischen Diskussion um die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention in Bayern setzt. Wir werden uns zukünftig noch nachhaltiger als bisher für einen Paradigmenwechsel in der politischen Denkweise des Bezirkes - und freilich auch in der Denkweise der Gesellschaft - einsetzen. Der Bezirkstag muss sich als politischer Sachwalter für die Probleme und Anliegen der Menschen, für die er zuständig ist, sehen, und nicht nur als „Verwalter“.

Wir wollen erreichen, dass eine offenere und ehrlichere Diskussion geführt wird, auch z.B. was die Ausstattung des Bezirkes mit finanziellen Mitteln zur Erfüllung seiner Aufgaben angeht.

Das Umlageverfahren ist und bleibt in unseren Augen fragwürdig. Ich darf aus einem Urteil des Bayer. Verfassungsgerichtshofes vom Nov. 2007 zitieren:

„Das Gesamtsystem der Finanzierung der bayerischen Kommunen, das jährlich den sich verändernden Rahmenbedingungen angepasst wird, stellt sich als ein Geflecht ineinandergreifender Regelungen dar, deren vielfältige Wechselwirkungen und deren Konsequenzen für die praktische Anwendung schwer überschaubar sind.“

70% der Sozialausgaben werden über die Bezirksumlage auf die Landkreise und kreisfreien Städte verteilt. Wir müssen für 2011 mit sinkenden Gewerbesteureinnahmen und mit einem Rückgang der Umlagekraft um etwa 9 % rechnen. Die Fallzahlen aber nehmen zu, weitere Unwägbarkeiten sind Tarifierhöhungen und andere Kostensteigerungen.

In der Diskussion um FAG Mittel muss der Bezirk zwingend am Ball bleiben. Der Freistaat Bayern muss mehr Mittel aus dem Finanzausgleich zur Verfügung stellen, die Diskussion darum muss nachdrücklich fortgesetzt werden. Der ewige Reigen in den kommunalen Haushalten, wie die Lasten zu stemmen seien, die Streichkonzerte in den Haushalten der Kreise und Gemeinde, sie sind demotivierend, eben „schwer überschaubar“, sie führen nicht nur zu weniger Investitionen zu Lasten der ortsansässigen Gewerbebetriebe, sondern auch zu verzweifelten Versuchen besonders der Gemeinden, ihre Einnahmen zu verbessern zum Beispiel durch Erhöhung der Gewerbesteuer - was wiederum fatale Folgen für die Ansiedlung von Gewerbebetrieben hat.

Wenn wir als FDP Fraktion heute fordern, dass die Bezirksumlage 21,15% betragen sollte, um eine Zuführung zur Rücklage um weitere 8 Mio zu erreichen, so wollen wir damit aufzeigen, dass eine dauerhaft zu knapp bemessene Rücklage Zeichen einer Haushaltsführung, die nicht auf die zukünftige Entwicklung ausgerichtet ist. Die Kosten für Kredite sind letztlich auch des Steuerzahlers Sache - wir können nicht so tun, als würden die Umlagen nicht jeden einzelnen Menschen direkt betreffen.

Die FDP Fraktion fordert auch seit langem ein Bundesleistungsgesetz, das eine Drittelung der Kosten auf Bund, Land und Bezirke verteilen würde. Die Verantwortung gegenüber behinderten und kranken Menschen können wir Bund und Land nicht ersparen. Eine detaillierte Beschreibung der Rettung von diversen Banken in Milliardenhöhe muss ich Ihnen, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, sicher nicht nahebringen. Unsere demokratische Gesellschaft

muss sich nicht daran messen lassen, wie gut ihre Banken dastehen, sondern wie sie mit den Schwächsten unter uns umgeht.
Für die FDP Fraktion gehört zur politischen Arbeit in den Gremien des Bezirkstages auch das politische Handeln:

Wir fühlen uns in unserem Amt als Mitglied des Bezirkstages verpflichtet, auch die politische Verantwortung des Handelns der Bezirksverwaltung zu tragen.

Wenn sich aber der Bezirkstag im Umweltausschuss nicht einmal zu einer Politischen Entscheidung durchringen kann, ob der Bezirkstag seine Einrichtungen so weit wie möglich mit erneuerbaren Energien versorgen möchte oder nicht und stattdessen nur auf die konkrete Aufgabenstellung z.B. des Lehrbetriebs abstellt, werden kostbare Einnahmemöglichkeiten bei gleichzeitigem optimalem CO2-Verhalten verschenkt. Ebenso verschenkt wird bei Ablehnung oder Nichtbehandlung unseres Antrags zu den Paralympics, für Menschen mit Behinderung kostbare Infrastruktur und gesellschaftliche Aufwertung zu schaffen.

Wir Bezirksräte müssen bei den zu treffenden Entscheidungen vor allem auch nach ihrer Zweckmäßigkeit und Richtungsweisung ausreichende Möglichkeit bekommen. Ohne sie müssen wir damit rechnen, dass die Lebensberechtigung der Selbstverwaltungseinheit „Bezirk“ immer wieder in Frage gestellt wird.

Denn zum Abnicken von reinen Verwaltungstätigkeiten bedarf es keiner demokratischen Ebene der Bezirksräte, das kann innerhalb einer Verwaltungseinheit auch geklärt werden. Nur wenn wir uns mit zukunftsweisenden politischen Entscheidungen in die Aufgabenerfüllung einmischen, macht die Bestellung als Bezirksrat für uns in der FDP Sinn. In diesem Sinne werden wir unser Mandat auch in Zukunft verstehen und ausüben.

Bei aller Kritik, allen Überlegungen zu Veränderungen, möchte ich mich bedanken für Fairness und Offenheit, die wir immer schon und auch heutzutage als kostbares Geschenk pflegen müssen, und für allzeitige Freundlichkeit bei Fragen an die Verwaltung. Besonderer Dank gilt dem Kämmerer Herrn Rössler. Allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Bezirkes eine schöne Weihnachtszeit.

Anlage 5

Rede des Fraktionsvorsitzenden der Freien Wähler am

17. Dezember 2009 anlässlich der Verabschiedung des Bezirkshaushalts 2010

Es gilt das gesprochene Wort.

Sehr geehrtes Präsidium,
verehrter Herr Regierungspräsident,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
meine sehr geehrten Damen und Herren,

meine Vorredner haben bereits ausführlich die Themenschwerpunkte der Betätigung des Bezirks Oberbayern sowie der Inhalte des Bezirkshaushalts 2010 dargelegt. Insofern werde ich Sie nicht erneut mit diesen Punkten konfrontieren, sondern die aus der Sicht der Fraktion der Freien Wähler wesentlichen Kriterien unserer Einschätzung zum Bezirkshaushalt 2010 darlegen.

Die gesamtwirtschaftliche Situation in unserem Land spitzt sich zu und in der genauen Betrachtung stellt sich heraus, dass die Politik einen ganz wesentlichen Anteil an diesem Desaster hat. Dies insbesondere deswegen, weil auf Kosten der künftigen Generationen Steuergeschenke verteilt werden und damit der Begriff der Generationengerechtigkeit mit Füßen getreten wird. Des Weiteren, weil der demographische Wandel in den Köpfen der Geschenkeverteiler noch nicht angekommen ist und deswegen bis zum heutigen Tage nicht zwischen Pflicht und Kür unterschieden wird.

Warum sage ich das bei der Haushaltsverabschiedung einer kommunalen Institution? Ich sage es deshalb, weil wir als Bezirk ganz besonders unter diesen Auswirkungen leiden. Wir haben Pflichtaufgaben zu erfüllen, die durch Leistungsgesetze der staatlichen Ebenen in ihrem Umfang definiert, die ausreichende Finanzierung derselben jedoch verweigert wird. Damit werden die kommunalen Pflichtaufgaben zunehmend unterfinanziert sein und bei umlagefinanzierten Haushalten, wie der Bezirkshaushalt einen davon darstellt, die Leistungsfähigkeit von den nachgeordneten kommunalen Ebenen, letztlich die der Gemeinden, nicht nur strapazieren, sondern deutlich überschreiten.

In den Vorgesprächen zu dieser Sitzung des Bezirkstags wurde uns wiederholt mitgeteilt, dass insbesondere die Landräte Verständnis für die vorgeschlagene Erhöhung der Bezirksumlage hätten und diese auch mit tragen. Dies ist natürlich verständlich, da die Landkreise die Bezirksumlagenerhöhung an ihre kreisangehörigen Gemeinden weitergeben und dort die Belastung steigt.

Nun tritt aber im Jahr 2010 seit vielen Jahren erstmals wieder der Fall ein, dass auf breiter Front nicht nur die Einnahmen aus der Gewerbesteuer, sondern insbesondere die Einnahmen aus der Einkommenssteuerbeteiligung bzw. den Einkommenssteuerersatzleistungen weg- brechen. Nach der letztwöchigen Schätzung des Bayerischen Statistischen Landesamtes, inklusive der bereits vorgenommenen Korrekturen bei den gemeindlichen Haushalten 2009 / 2010, um ca. 20 %. Beinhaltet dabei ist insbesondere die kommunale Auswirkung des von der Bundesregierung beschlossenen Wachstumsbeschleunigungsgesetzes, das sich auf die bayerischen Gemeinden mit einer Verschlechterung von ca. 8 % der jährlichen Einkommenssteuerbeteiligungsleistungen auswirkt.

Wir können uns nun alle hinstellen und darauf verweisen, dass dies von uns nicht beeinflusst werden kann und deshalb hinzunehmen ist. Hier ist die Fraktion der Freien Wähler grundsätzlich anderer Auffassung.

Warum?

Die Stärke gegenüber der Seite der staatlichen Institutionen ist die Geschlossenheit der kommunalen Familie. Diese gilt es unter allen Umständen aufrecht zu erhalten bzw. zu stärken. Da diese Glieder – Städte und Gemeinden - in absehbarer Zukunft deutlich verstärkt und auf breiter Ebene über klamme Kassen klagen werden, rächen sich nunmehr natürlich die Beschlüsse zu den Bezirkshaushalten 2008 und 2009. Denn bei deutlich verbesserter kommunaler Finanzlage wurden nicht Rücklagen aufgebaut, sondern die Umlagen gesenkt bzw. die Rücklagen auf faktisch Null gestellt und den Verantwortlichen des Freistaats nicht durch einen genehmigungspflichtigen Haushalt 2009 die prekäre Haushaltslage des Bezirks Oberbayern speziell und die Bezirke im allgemeinen vor Augen geführt. Dies ist nun einmal Fakt, so hinzunehmen und unveränderlich.

Natürlich weiß auch die Fraktion der Freien Wähler, dass es durchaus unangenehm ist und nicht in ein geschöntes Bild der wirtschaftlichen Solidität und Stabilität eines Bezirks passt, als erster und bisher einziger eine Genehmigung des Innenministeriums für seinen Haushalt zu beantragen. Gleichzeitig wird jedoch von den Verhandlungsführern immer wieder betont, wie gleichgültig die staatliche Seite oft bei den FAG-Verhandlungen der kommunalen Basis gegenübersteht. Wie, wenn nicht durch eine drastische Voraugenführung der tatsächlichen Notwendigkeit der besseren finanziellen staatlichen Unterstützung für die Erfüllung der für die Menschen unbedingt notwendigen Pflichtaufgabe der überörtlichen Sozialhilfe, durch die Vorlage und Offenlegung des Haushalts soll eine Veränderung in diesem Verhalten erzielt werden. Eine Antwort darauf wurde bislang nicht gegeben. Als Fazit ist deshalb festzuhalten, dass wir die Solidarität innerhalb der kommunalen Familie, insbesondere im Hinblick auf die Folgehaushalte 2011 und 2012, nicht weiter strapazieren dürfen, sondern den Umlagezahlern nur das abverlangen dürfen, was wir als Bezirk Oberbayern unumgänglich im Jahr 2010 als Einnahme brauchen. Dies wurde von den Mitarbeitern der Kämmerei, in Person von Herrn Rössler, dem ich an dieser Stelle im Namen der Fraktion der Freien Wähler und persönlich, sowie seinem ganzen Team herzlich für die hervorragende Aufbereitung der Sitzungsunterlagen danke, mit einem Steigerungssatz von 1,22 % festgestellt. Aus diesem Grund wird die Fraktion der Freien Wähler nicht der durch Bezirksausschuss-Beschluss vom 02.12.2009 gefassten Empfehlung zustimmen, sondern nur einer unumgänglich notwendigen Mindesterhöhung von 1,22 %.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Anlage 6

Haushaltsrede der Fraktion DIE LINKE am 17.12.2009 anlässlich der Verabschiedung des Bezirkshaushalts 2010

Privatisierung kommunaler Unternehmen, Geld verschleudern zu Lasten der Kommunen, Zuschüsse an Vertriebene und Schützen - ein NEIN zum Bezirkshaushalt.

Sehr geehrter Herr Bezirkstagspräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen

1. Der vorliegende Bezirkshaushalt ist Ausdruck der politischen Gesamtsituation: Die CSU im Bezirkstag bringt einigen Mut auf, um etwas versteckt gegen die derzeitige Bundespolitik (Steuersenkungen für die Klientel der FDP) und die bayerische Landespolitik (3,7 Milliarden Verlust durch den Kauf und Verkauf der Hypo Alpe Adria Bank; verantwortet durch CSU-Politiker) in einer Resolution ihren Unwillen zum Ausdruck zu bringen; die oberbayerische SPD ist gerade mal in der Lage, die CSU-Politik im Bezirkstag abzunicken (zur Erinnerung: auch die bayerische SPD hat den Kauf der dubiosen Kärntner Bank euphorisch begrüßt) und fast alle Parteien stimmen dem Haushalt zu – anstatt die Zeit und den Ort zu nutzen, um eine Generalkritik an dieser Art von Politik zu üben. Die Frage ist: Wer vertritt *die* Menschen, die sich eine gerechte, eine menschenwürdige, eine nicht auf kurzfristigen Gewinn bedachte Gesellschaft wünschen und sie auch benötigen, um nicht weiter unter den erbärmlichen Lebenszuständen leiden zu müssen, die vor allem durch die rot-grüne Hartz-IV-Gesetzgebung ins Werk gesetzt wurde? Der CSU ist kein Vorwurf zu machen, dass sie CSU-Politik macht. Aber dass die Sozialdemokratie sich mit der CSU im Bezirk ins Macht-Bettchen gelegt hat und seitdem überflüssig geworden ist: Diesen Skandal immer wieder aufs Neue zu betonen, ist unser Anliegen. Unser Anliegen dagegen ist es nicht – auch wenn die oberbayerische SPD hier im Bezirkstag alles dafür tut – dass die SPD zu einer Splitterpartei verkommt.
2. *Zum Haushalt:* Meine sehr verehrten Damen und Herren. Im letzten Jahr haben wir von der LINKEN bereits darauf hingewiesen, dass die Finanzkrise kein Schicksal ist, sondern eine Grundtendenz einer kapitalistischen Gesellschaft

zum Ausdruck bringt: „Der **Kapitalismus ist die geplante Planlosigkeit** und wer von langfristiger Planung und gesellschaftspolitischer Steuerung spricht, der vergisst, dass die ökonomischen Prozesse, von denen auch der Bezirk letztlich abhängt, nicht von uns, nicht von Ihnen und schon gar nicht vom Hebesatz des Bezirks Oberbayern abhängt“. Die Krise ist im finanzkapitalistischen Sektor zu Hause, die Grundtendenz dieser Krise ist jedoch: Profit auf Teufel komm raus! Die Lasten trägt der Steuerzahler und im Falle der sinnvollen Bezirksausgaben sind es die Kommunen. Die bayerische Staatsregierung, die keine Probleme damit hat, dem abgehalfterten Ex-Ministerpräsidenten Stoiber mehrere Millionen Euro für seinen Austrag nachzuschmeißen – ein Büro mit 13 Zimmern und zwei Beamten stehen ihm ebenso zur Verfügung wie zwei Sekretärinnen und ein Chauffeur nebst Dienstwagen – ist nicht bereit und willens, dem Bezirk die Geldmittel zur Verfügung zu stellen, die er benötigt, um seinen vor allem auf sozialen Ausgleich bedachten Haushalt ohne Neuaufnahmen von Schulden bewältigen zu können.

3. Dieser Haushaltsplan ist Symbol für die Tatsache, dass es ein Fehler war, die Kliniken des Bezirks zu „privatisieren“, wie der Kämmerer den Vorgang, den CSU und SPD in ihrer Vernebelungstaktik immer „Ausgliederung“ oder „Ausgründung“ nennen – in der Sozialausschuss-Sitzung am 25.11.2009 unwidersprochen benannt hat. Die Mitarbeiterbefragungen in den Kliniken und die Patientenbefragungen zeigen, auf wessen Rücken diese PRIVATISIERUNG stattfindet: Die Angestellten leiden unter der gewinn- anstatt gemeinwohlorientierten Planung der Geschäftsführung. Stellenabbau und Überstunden erzeugen ein Maß an psychischer Belastung und Stress bei den Mitarbeitern der Kliniken, was zu Lasten der Patientenversorgung geht. Und der Bezirkstag hat sich direkte Einflussmöglichkeiten durch die Privatisierung selbst aus der Hand genommen. Wir LINKEN werden deshalb im nächsten Jahr eine Kampagne zur Rekommunalisierung der Klinken starten.
4. Die LINKE stellt dieses Jahr erneut Anträge gegen die Bezuschussung von Vertriebenenverbänden, kriegsverherrlichenden Organisationen und spricht sich gegen die Schützenvereinsförderung unter dem Deckmantel der „Sportförderung“ aus. 90% der Sportfördermittel des Bezirks gehen an die Schützen. Als gäbe es in Oberbayern nicht noch andere Sportarten, in denen Kinder und Jugendliche in sinnvollen Projekten ihre Teilhabe am gesellschaftlichen Ganzen „erleben“ können. Weder die Vertriebenen noch die Schützen sind

bisher rechenschaftspflichtig, was sie mit ihren Zuschüssen anfangen. Wir wissen noch nicht einmal, ob sie diese wirklich benötigen. Deshalb: In Zukunft darf der Bezirk nur noch Vereine fördern, die Anträge mit Projektcharakter vorlegen und wir als BezirksrätInnen müssen die Kriterien für solche Projektanträge diskutieren und festlegen.

5. Die LINKE wird weiterhin kritisch die Arbeit im Bezirkstag verfolgen und die Arbeit der Bezirksverwaltung kontrollieren – wie es in der Bezirksordnung festgeschrieben ist. Die bezirkliche Politik in allen Punkten abzulehnen, wäre unsinnig. Wir LINKE erkennen durchaus, dass die Bezuschussung der sozialpsychiatrischen Projekte in Oberbayern ebenso wie die Förderung von ambulanten Suchthilfeeinrichtungen – die zudem akzeptanzorientiert und niedrigschwellige Angebote vorhalten – nach wie vor auf einem hohen Niveau geschieht. Außerdem ist festzustellen: Auch die Bezirks-CSU trägt Suchthilfeprojekte mit, die im Gegensatz zur suchtpolitischen Hetzkampagne der Staatsregierung stehen. Nicht die Süchtigen werden für ihre Sucht verfolgt und also soll Bayern nicht „drogenfrei“ gemacht werden; vielmehr soll den Süchtigen auf eine Art und Weise geholfen werden, die ihre süchtigen Bedürfnisse als Ausgangspunkt einer sinnvollen beratenden Suchtarbeit anerkennt. An dieser Stelle eine Bitte an alle die KollegInnen aus den großen Parteien, die Einfluss auf die bayerische Staatsregierung haben: Sprechen Sie mit ihren LandtagskollegInnen und den MinisterInnen, dass endlich auch die in den JVA's einsitzenden heroinnutzenden Gefangenen die Möglichkeit bekommen, eine Substitutionstherapie in Anspruch zu nehmen und also weder kalt entziehen noch auf Ersatzdrogen anderer Art ausweichen müssen – ganz abgesehen davon, dass nicht wenige den Weg des Suizids wählen, weil sie ihre belastende Situation im Gefängnis nicht mehr aushalten.
6. Ein besonderer Wunsch der LINKEN im Bezirkstag ist es auch, den Holzfachschulen in Garmisch-Partenkirchen zu danken für die Führung, die wir im Juli 2009 durch die Ausbildungsstätte bekamen. Die Holzfachschulen sind so etwas wie die *sozialistischen Musterbetriebe* des Bezirks, weil sie in vielerlei Hinsicht sozialistischen Gesellschaftsvorstellungen entsprechen: Die Ausbildungsplätze werden gesellschaftlich gefördert und subventioniert, und damit verbunden werden dort Produkte hergestellt, die in erster Linie nicht die Erzielung eines Profits zum Ziel haben, sondern den Bedürfnissen der Konsumenten gerecht werden wollen. Die Produkte sind langlebig und damit nachhaltig

konzipiert, sie werden auf der höchsten technologischen Stufe der Holzverarbeitung entworfen. Die Produzenten sind ökonomisch abgesichert, sozial eingebettet und Arbeitsschutz sowie Arbeitssicherheit haben höchste Priorität. Diese Tätigkeit ist für die Entwicklung einer sozial-ökologischen Gesellschaft nicht hoch genug einzuschätzen. Doch insbesondere befürworten wir den neuen Ausbildungszweig der Holzfachschulen in Garmisch-Partenkirchen: die Kripperbau-Ausbildung. Das **Kripperl** ist nämlich ebenso wenig ein Symbol für ein verkitschtes Weihnachtsfest wie das Christkind unter dem Motto steht „Jesus von Nazareth macht die Geschäftsherrn fett“. Nein; das Kripperl weist uns auf etwas hin, was über die Jahrhunderte verschütt gegangen ist. Die Krippe als Bezeichnung für einen hölzernen Futtertrog ist hervorgegangen aus der vormaligen Bezeichnung eines „Flechtwerks“ als Krippe. So ist es nicht verwunderlich, dass das mittelhochdeutsche *krêbe* (Korb), das ebenfalls ein Flechtwerk bezeichnet, mit Krippe verwandt ist. Weil beim Flechten die dünnen aber biegbaren Äste gut gewunden werden können und die Form des gewundenen Flechtwerks den Muskelfasern entspricht, wenn sie zusammengezogen werden – haben das mittelhochdeutsche *krêbe* und das germanische *gereph* bzw. *gereb*, das eben diese Muskeln und ihre Kraft bezeichnen soll, einen gemeinsamen Stamm. So kommt wortgeschichtlich zusammen, was kirchengeschichtlich zweitausend Jahre lang versucht wurde zu trennen: Die Kraft, die in der Geburt und im Leben des Zimmermann-Kindes lag und das seine Kraft vor allem der Tatsache zu verdanken hatte, dass es außer den römischen Fesseln nichts zu verlieren hatte – war es doch am ärmsten Ort der Armen geboren: In einer den Tieren enteigneten Futterkrippe inmitten eines fremden Stalls. Steht die Weihnachtskrippe heute für das niedliche Idyll einer romantischen Ärmlichkeit, der sich viele Menschen aus Überdruß vorm Überfluss sehnsüchtig zuwenden, so stand sie biblisch und steht sie in einer befreiende Theologie für einen Ort, von dem aus der zwischen Arm und Reich bestehende Riss deutlich und klar sichtbar wird.

Den Riss zwischen Arm und Reich sollten wir nicht nur wahrnehmen, sondern ihn überwinden:

In diesem Sinne wünsche ich uns Kraft zur Veränderung einer ungerechten Gesellschaft hin zu einem Land, in dem Milch und Honig fließen sollen – für alle.

Prof. Dr. Klaus Weber

Anlage 7

Haushaltsrede 2009 – der ödp-Fraktion

Herr Präsident,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
meine Damen und Herren,

Für die ödp möchte ich einige Anmerkungen zu diesem Haushalt und zu der Situation im Bezirkstag machen.

Wir verabschieden heute einen Bezirkshaushalt in einer Zeit in der die Bundes- und Landespolitik einem Tollhaus gleicht.

Unser Kämmerer Herr Rössler hat trotz widriger Umstände wieder einmal eine Meisterleistung vollbracht.

Doch jeder weiß, wir leben in rabenschwarzen Zeiten. Der Bezirk steht vor einem finanziellen Desaster und kann in absehbarer Zeit Angesichts der katastrophalen Finanzlage seine Aufgaben nicht mehr erfüllen.

Die erhöhte FAG Mittel Zuweisung dieses Jahres ist reine Kosmetik und Augenscherelei!

Eine Katastrophennachricht jagt die andere, das Wort „Politiker“ mutiert immer mehr zum Schimpfwort.

Der Bezirk soll Helfer sein für alle die der Hilfe der Allgemeinheit benötigen.

Die Medien sind jetzt in der Weihnachtszeit voll von Menschenschicksalen, die nicht immer bei uns Rat und Hilfe erfahren.

Die Bezirke haben gewaltige Aufgaben zu erfüllen, der Personenkreis wird immer größer.

Psychisch kranke Menschen vom Kleinkind bis zum alten Menschen nehmen ständig zu.

Kaum ein Kind, das bis zum Ende seiner Schulzeit nicht mindestens einmal getestet oder therapiert wird.

Immer mehr behinderte Kinder werden geboren, - die Hilfseinrichtungen zur Beratung, Schulung und Ausbildung sind nicht einmal in den Ballungsräumen befriedigend vorhanden.

Auf dem flachen Land sind die Eltern ganz auf sich alleine gestellt.

In den Betreuungseinrichtungen herrschen zum Teil beängstigende Enge und therapeutisch unzureichende Situationen.

Das Leid in den Pflegeheimen nimmt zu.

Die Demenzkranken werden mehr und warten immer noch vergeblich auf Hilfe.

Wer den Pressespiegel des Bezirks liest weiß wo in unserem Land Not und Elend herrscht.

Mit einer unglaublichen Arroganz werden diese Probleme von unseren Landespolitikern ignoriert, kleingehalten oder verschwiegen.

Sie brauchen das Geld zur Rettung maroder Banken oder Prestigeobjekten das verantwortungslose Politiker und Manager in ihrer Dummheit, Gier und Großmannssucht verzockt haben.

Ohne Rücksicht auf die Belange der Bürger und kommender Generationen hat auch die Bayerische Staatsregierung das noch vorhandene „Tafelsilber“ verscherbelt.

Ein Netzwerk von Filz und Korruption prägt ein Großteil der Landespolitik.

Allein bei der HGAA die jetzt für eine Euro verkauft wurde, wurden 3,6 Milliarden € in den Sand gesetzt!

Zur besseren Vorstellung:

Die neue politische Standartrecheneinheit heißt „Milliarde“.

Wer im Lotto eine Million gewinnt freut sich, wer er am nächsten Samstag wieder eine Million gewinnt ist noch glücklicher.

Und jetzt bitte mitrechnen:

Wie lange müsste man Samstag für Samstag eine Million gewinnen um Milliarde zu haben? -

Tausend Millionen, geteilt durch 52 Samstag, gleich ein Jahr ergibt 19 Jahre und 12 Wochen.

Um die Kosten für die nunmehr zu 1 € verkaufte HGAA auszugleichen müsste die Bayerische Staatsregierung einen Dauerlottoschein mit wöchentlicher Gewinngarantie ausfüllen und 77 Jahr lang Samstag für Samstag eine Million gewinnen.

Wen wundert es, dass Angesichts dieser Beispiele Menschen vor allem auch Junge mangels Halt und Perspektiven immer mehr zu Alkohol und Drogen greifen.

Verzweiflungstaten und Hilfeschreie durch Auffälligkeiten zunehmen.

Unsere Kinder sind ein Spiegelbild unsrer Gesellschaft!

Die Einrichtungen der Kinder- und Jugendpsychiatrie sind überfüllt und oft mit schwer erziehbaren Kindern -und Jugendlichen überfordert.

Verzweifelte Eltern und Lehrer warten monatelang auf Beratungstermine und Therapieplätze.

Die Selbsttötungsraten steigen in allen Lebensaltern.

Immer mehr Menschen leben an der Armutsgrenze und erhalten Sozialhilfeleistungen.

Allein in Rosenheim gibt es über 400 berechnigte Tafelkunden.

Die Kommunen sind klamm und erwarten angesichts der neuen Steuergesetzgebung noch schlimmere Zeiten.

Unser Sozialhaushalt explodiert und damit auch die Personalkosten.

Die Heimkosten steigen ständig und den Rentnern wurden mehrere „Nullrunden“ angekündigt.

Die Schere klappt immer mehr zu Lasten Bezirksausgaben.

Angesichts der zunehmenden Pflegebedürftigkeit von betagten Heimbewohnern wurde der Pflegepersonalschlüssel und die Qualifikation der Mitarbeiter noch immer nicht den Tatsachen angepasst.

Ich bin dankbar, dass der Bezirk diese Mängel erkannt hat und sich bemüht im Gremium zu „Gesundheits-, Sozial- und Versorgungsplanung“ Verbesserungen im Bereich Geriatrie und Demenzproblematik zu erreichen.

Ich denke, dass wir uns Alle Angesichts dieser Finanz und Pflegekatastrophe auflehnen sollten gegen diese Politik der sozialen Kälte!

Besonders liegt mir die Bildung und Ausbildung von Kindern und Jugendlichen mit Handikaps am Herzen.

Die positiven Entscheidungen dieses Gremiums für neue Schul und Ausbildungsstätten sind für unsere Schüler und Auszubildenden zukunftsweisend.

Besonders im Schulzentrum Johanneskirchen wurden große Dinge auf den Weg gebracht.

Was gibt es wichtigeres als jungen Menschen mit Behinderungen eine solide Schul –und Ausbildung zu ermöglichen und sie fit zu machen für ein selbstbestimmtes Leben.

Das Thema Behindertenrechtskonvention und Inklusion wird uns in den nächsten Jahren intensiv begleiten.

Danach haben Menschen mit Behinderung das Recht auf freien Zugang zur Bildung. Das setzt ein Schulsystem voraus, das nicht integrativ sondern inklusiv ist.

Inklusiv bedeutet, dass alle Kinder verschieden sind und sich der Unterricht den Bedürfnissen des einzelnen Kindes nach individueller Förderung anzupassen hat.

Ich bin der Meinung, dass es gerade im Bereich der sinnesbehinderten Jungen und Mädchen Sinn macht, spezialisierte Fördereinrichtungen vorzuhalten die ihren Defiziten Rechnung tragen, jedoch offen sind für Kinder die durch die Regelschule überfordert sind.

In kleinen Klassen könnten dann optimal Lern- und Ausbildungsinhalte vermittelt werden.

Das BBW arbeitet meines Erachtens gerade im Bereich überbetrieblicher Ausbildung bereits inklusiv.

Das gut bewährte Miteinander von Hörenden mit Auszubildenden mit Hör- und Sprachproblemen baut ganz selbstverständlich Vorurteile und Barrieren ab. Es fördert die Integration auf dem Arbeitsmarkt.

Die hohe Qualität der Ausbildung und die bereits bestehende Integrations- und Inklusionsarbeit wird immer wieder bestätigt.

Vor dem Hintergrund der starken Zunahme der Zahl von Pflegebedürftigen Menschen droht ein Pflegenotstand extremen Ausmaßes. Der Anteil der Pflegebedürftigen steigt bis 2030 um mehr als 50 %.

Wir hätten die Chance als Bezirk in unsern Krankenhäusern vermehrt Pflegekräfte auszubilden. Gute Pflege ist nur mit gutem Personal möglich!

Ich wünsche mir, dass wir viele junge Menschen für einen Pflegeberuf durch gute Ausbildungs- –und Rahmenbedingungen erreichen könnten.

Meine lieben Kollegen und Kolleginnen bislang gab es quer durch die Parteien und Fraktionen ein erfreuliches Miteinander.

Ich hoffe sehr, dass auch in Zukunft nicht Parteipolitik sondern Sachpolitik im Vordergrund unserer Arbeit steht.

Der Bezirk Oberbayern und alle Bayerischen Bezirke stehen vor großen Herausforderungen. Um diese zu bewältigen brauchen wir auch ein vertrauensvolles Zusammenwirken mit der Verwaltung.

Für das vergangene Jahr bedanke ich mich bei den Verwaltungsspitzen für die informative und sachliche Zusammenarbeit.

Mein besonderer Dank gilt dem Kämmerer Herrn Rössler und seinen Mitarbeitern für den Haushaltsentwurf und seine offene Informationsarbeit.

Ich werde dem Haushalt zustimmen und bin davon überzeugt, Bayern braucht die Bezirke auch in Zukunft.

Zum Abschluss noch ein Neujahrsgebet zum Nachdenken!

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

Johanna Schildbach –Halser
Bezirksrätin

München 17. Dezember 2009

Es gilt das gesprochene Wort.

Neujahrsgebet – BRin Schildbach-Halser

Herr, setze dem Überfluss Grenzen
und lasse die Grenzen überflüssig werden
Lasse die Leute kein falsches Geld machen
aber auch das Geld keine falschen Leute
Nimm den Ehefrauen das letzte Wort
und erinnere die Ehemänner an ihr erstes
Schenke unsern Freunden mehr Wahrheit
und der Wahrheit mehr Freunde
Bessere solche Beamten, Geschäfts- und Arbeitsleute
die wohl tätig, aber nicht wohltätig sind.
Gib den Regierenden ein besseres Deutsch
und den Deutschen eine bessere Regierung!
Herr, Sorge dafür,
das wir alle in den Himmel kommen,
aber nicht sofort.

**Neujahrsgebet des Pfarrers von St. Lamberti.
In Münster/Westfalen aus dem Jahr 1883**

Anlage 8

Haushaltsrede 2009 – BR Dorn BP

Sehr geehrter Herr Regierungspräsident,
hohes Präsidium,
sehr geehrte Damen und Herren!

Ein Hebesatz von über 20 %, eine Neukreditaufnahme von 16,5 Millionen, eine Rücklagenzuführung von Null, und das ganze bei einem Umlagekraftminus von lediglich 1,7 % und bei über 40 % mehr FAG-Mitteln – meine Damen und Herren, da muss man schon etwas Wasser in den Wein der bisherigen Ausführungen gießen: Diesem Haushalt zuzustimmen, hieße alle Prinzipien bisheriger Finanzgestaltung über Bord werfen. Diesen Haushalt aber abzulehnen, hieße die mit über 5 %, in manchen Sektoren über 15 % angestiegenen Kosten im Sozialbereich ignorieren, hieße zu übersehen, dass die Kostenentwicklung fast zur Gänze außerhalb der Gestaltungsmöglichkeiten des Bezirks liegt.

Umso mehr gebührt Herrn Rössler und seinen Mitarbeitern Dank, dass er zwischen diesen beiden Polen einen Haushaltsentwurf erstellt hat, der für das nächste Jahr tragfähig ist. Man ist bei diesem Haushalt fast an das Wort des römischen Dichters Ovid erinnert „Ut desunt vires, tamen est laudandum voluntas“ – frei übersetzt: Wenn es auch hint und vorn an Mitteln fehlt, so ist doch die gute Absicht anerkennenswert. Und anerkennenswert ist einiges: Positiv ist die weitere Regionalisierung der Psychiatrie, ist vor allem der gut vorangekommene Ausbau von Fürstfeldbruck. Zu begrüßen sind die baulichen Fortschritte im Schulzentrum Johanniskirchen, und hier gilt der Dank insbesondere auch der dortigen Referentin Johanna Schildbach-Halser für ihren konsequenten Einsatz. Ein Glanzlicht waren die diesjährigen Kulturtage in Starnberg, und ich denke, grundlegend hierfür war die stark regional und oberbayerisch geprägte Komponente dieser Veranstaltung: Wir hatten zwei Kulturpreisträger mit einem deutlichen Bezug zu Oberbayern, und wir hatten mit der Rattelmüller-Ausstellung an den unvergessenen Bezirksheimatpfleger, der in der oberbayerischen Kulturszene bis heute prägend geblieben ist. Dieser starke oberbayerische Bezug war in früheren Jahren nicht immer so gegeben, und ich meine, die Starnberger Er-

fahrungen sollten uns auch Grundlage für die Ausrichtung künftiger Kulturtage sein. Fortschritte gab es auch beim Arbeiter- und Industriemuseum, und ich halte es für keine negative Entwicklung, dass das RADOM-Projekt in Raisting nun ad acta gelegt ist und nun eher der Standort Ingolstadt in Betracht gezogen wird. Sogar beim Schafhof – Herr Kollege Jungwirth, es ist ja bekannt, dass wir da nicht immer einer Meinung waren – ist in diesem Jahr eine Fülle an Aktivitäten zu verzeichnen. Man kann ja grundsätzlich darüber streiten, ob europäischer Künftlerausaustausch letztlich eine Bezirksaufgabe ist: Aber so lange sich die Bayern LB die Hypo Alpe Adria leisten kann, können wir uns auch die polnischen Bildhauer leisten! Ein Wort noch zur Denkmalpflege: Frau Kollegin Neubauer, ich bin sehr dankbar, dass wir in diesem Bereich klar formulierte Förderrichtlinien haben. Und ich warne davor, diese Kriterien aufzuweichen und die Denkmalpflege, und das gilt auch für die Sportförderung, mehr in den Bereich politischer Beliebigkeit zu stellen!

Aber über diese bezirksinternen Aspekte hinaus ist ein anderer Themenbereich von im Grunde größerer Bedeutung: Die künftige Finanzierung der Bezirksaufgaben generell. Hier liegen ja nun zwei Positionspapiere der CSU und der SPD vor, und verwunderlich ist hierbei schon die völlig verschiedene Zielrichtung der beiden Deklarationen. Wenn das die große Kooperation ist, Herr Präsident Mederer, dann kann ich nur hoffen und ihnen nur wünschen, dass in ihrer „Regierung“ in anderen Sachbereichen mehr Konsens herrscht! Legt man die Ergebnisse der letzten Bundestagswahl zugrunde, müssen Sie sowieso höllisch aufpassen, dass aus der großen Kooperation nicht schon bald eine kleine Bonsai-Brigade wird! Sie hatten die falsche Erinnerung, Herr Kollege Asam, wenn Sie darüber verwundert waren, dass nach der Rede des Präsidenten der Redner der zweitstärksten Partei kommt – aber wenn ihre SPD so weiter macht, haben sie mit dieser Meinung die richtige Vision! Mir jedenfalls erscheinen die beiden Positionspapiere nur schwer vereinbar, und deshalb rege ich an, eine interfraktionelle Arbeitsgruppe einzurichten, die in dieser wichtigen Zukunftsfrage eine einheitliche Linie an die Staatsregierung vermittelt.

Es war vorhin davon die Rede, dass der derzeit herrschende graue Himmel und das dichte Schneetreiben symbolisch wäre für die Zukunft der Bezirke. Nun, inzwischen ist wieder weiß-blauer Himmel, und ich nehme das als gutes Zeichen, dass die Be-

zirks, insbesondere der Bezirk Oberbayern, auch weiter Kernstück der bayerischen Identität und des innerbayerischen Föderalismus bleiben werden. Die Bezirke sind mehr als, wie heute gesagt wurde, eine soziale Wärmestube: Sie sind unverzichtbarer Ausdruck der Vielfalt der bayerischen Stämme und damit des bayerischen Staates generell. Und wenn ich Ihnen an dieser Stelle nun ein schönes Weihnachten und ein gutes neues Jahr, verbunden mit dem Dank für die kollegiale Zusammenarbeit wünsche, so wünsche ich den bayerischen Bezirken – in Anlehnung an die Wetterlage – eine weißblaue Zukunft!

Es gilt das gesprochene Wort.

Anlage 9

Sitzung Bezirkstag am 17.12.2009

Haushaltrede

BR Josef Loy
Vorsitzender der CSU-Fraktion im Bezirkstag von Oberbayern

- es gilt das gesprochene Wort -

Sehr geehrter Herr Regierungspräsident,
verehrter Bezirkstagspräsident,
verehrte Vizepräsidentinnen,
verehrte Kolleginnen und Kollegen,
sehr geehrte Damen und Herren,

in wenigen Tagen ist dieses Jahr an der Wende zum nächsten angekommen.

Einer Tradition gemäß enden zum 31.12. die Jahresplanungen, es wird Bilanz über die vergangenen 12 Monate gezogen. Für das kommende Jahr werden Ziele, Strategien und Visionen formuliert.

Dabei wissen wir uns im Bezirk Oberbayern eingebunden in die kommunale Familie von Gemeinden, kreisfreien Städten und Landkreise. Wir wissen uns eingebunden in unser Heimatland Bayern, in den Länderverbund Deutschland und in die große europäische Gemeinschaft, die Teil einer global vernetzten Welt ist.

Darin sind wir ein nicht unbedeutendes Räderwerk, das für viele Menschen in unserer Heimat eine soziale Sicherheit, eine Lebensperspektive und eine kulturelle Verwurzelung bedeutet.

Dieser Aufgabe stellen wir uns täglich: Diese Aufgabe ist am 31.12. nicht zu Ende. Diese Aufgabe wird von unserem politischen Gewissen verantwortungsvoll wahrgenommen und ernsthaft weiter entwickelt.

Unter all diesen Aufgaben liegt ein tragbares und belastbares Fundament aus geschichtlicher Entwicklung, aus gesetzlicher Verantwortung und aus humanitärer Verpflichtung, gestärkt durch eine ausreichende und gesicherte Finanzierung, die uns immer wieder intensiv beschäftigt.

Im Mittelpunkt unserer Arbeit steht der Einzelne als Individuum mit seiner Lebensbestimmung, mit all seinen Stärken und Schwächen, mit seinem Hilfebedarf, mit seinen Wünschen nach selbstbestimmter Lebensgestaltung. Diesen Mitmenschen begegnen wir mit Respekt, mit Anerkennung und mit Gleichberechtigung.

Heute legen wir für gesicherte Lebensgrundlagen im Haushalt 2010 wieder die finanziellen Grundlagen fest, damit unsere Verantwortung und unsere Aufgaben auch im kommenden Jahr erledigt werden können.

Die Finanzverwaltung hat dazu wieder ein umfassendes Haushaltswerk mit seinen Budgets ausgearbeitet, aufgestellt und heute zur Abstimmung vorgelegt. Ich darf die Gelegenheit nutzen und Ihnen, Herr Rössler und Ihren Mitarbeitern aus der CSU-Fraktion heraus herzlich danken für die Vorbereitungen, die Planungen, die Überwachung unserer Finanzen und auch künftigen Finanzplanungen.

Die Grundlagen für die Finanzausstattung der Bezirke für 2010 sind in den FAG-Verhandlungen gelegt worden. Dabei ist die Gesamtverteilungsmasse auf knapp 584 Mio. Euro festgelegt worden.

Davon erhalten wir in Oberbayern gegenüber 2009 43,2 Mio. Euro mehr. Dies ist Dank der intensiven Verhandlungen und der Darstellung unserer oberbayerischen Ausgabensituation durch die politisch Verantwortlichen, sowie der Einsicht, dass die bisherigen Verteilungskriterien nicht stimmig sind, gelungen. Einen Dank an dieser Stelle unserem Bezirkstagspräsident für die Standfestigkeit und der Verwaltung für die Transparenz unserer finanziellen Situation.

Dabei dürfen wir insgesamt nicht nachlassen, immer wieder eine höhere Finanzzuweisung durch den Freistaat zu fordern.

Stetig steigende Sozialausgaben im Bereich der Eingliederungshilfe und der Hilfe zur Pflege die durch steigende Fallzahlen und durch gesetzliche Regelungen im Sozialgesetzbuch verursacht sind müssen nach unserer Ansicht auch vom Staat mit ausgeglichen werden. Wir von der CSU-Fraktion fordern daher künftig eine feste Quote von 30% der geprüften und bereinigten Sozialausgaben aller Bezirke als Ausgleich den Bezirken zu überlassen. Dazu werden wir ein entsprechendes Positionspapier zur Abstimmung in den Gremien und zur Behandlung im Verband der bayerischen Bezirke, sowie der kommunalen Spitzenverbänden und dem Freistaat vorlegen.

Was die Verteilung innerhalb der Bezirke angeht, sind wir von der CSU-Fraktion nach wie vor der Überzeugung, dass eine dem tatsächlichen Bedarf an Sozialleistungen in den Bezirken aus formulierter Berechnung erarbeitet wird. Auch dazu werden wir über den Bezirk beim Verband einen Vorschlag einreichen, der sich an den Sozialausgaben und an der Umlagekraft als Ausgleichsfaktor orientiert.

Langfristig jedoch, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen kann nach unserer Auffassung nur eine personenbezogene Hilfeleistung eine möglichst gerechte Verteilung der Mittel darstellen. Dieses dicke Brett werden wir bohren nach dem Grundsatz, dass jede Hilfeleistung möglichst direkt beim einzelnen Menschen mit Hilfebedarf ankommen muss. Dies ist auch der UN-Konvention „Inklusion“ als selbstbestimmte Teilhabe am Leben geschuldet.

Der Bezirkshaushalt umfasst ein Volumen von 1,36 Mrd. Euro, die in sieben Budgets ausgliedert sind.

Im Budget 1 sind die Einnahmen und Ausgaben zur zentralen Verwaltung geregelt. Dabei spielen die Personalausgaben die wichtigste Rolle.

Die Steigerung der Personalstellen um 21,8 tragen wir mit. Der Mehrbedarf ist im gesamten Aufgabenfeld und in der Sozialverwaltung begründet. Wir wollen eine zeitnahe Bearbeitung der Einzelfälle, wir wollen auch eine transparente und kompetente Präsenz bei den Erstgeldverhandlungen und wir wollen eine zügige Bearbeitung der Eingliederungshilfe. Für die fundierte Wertung des Stellenbedarfes durch die Stabstelle bedanken wir uns. Auch für die konstruktive Bewertung durch den Gesamtpersonalrat.

Durch den Auszug der BayBG können wir die Verwaltung im Zentralgebäude wieder enger zusammenrücken und organisatorisch effektiv gliedern. Dies wird sich auch positiv auf unser Betriebsklima auswirken.

An dieser Stelle ein Dank an die Pressestelle für die umfangreiche Öffentlichkeitsarbeit. Die Präsenz nach außen ist wichtig und notwendig, sonst wird unsere gute Arbeit nicht entsprechend wahrgenommen.

Verehrte Damen und Herren,

Kernstück unserer Arbeit ist die soziale Verantwortung im Bezirk Oberbayern. 2010 werden dafür über 1,0 Mrd. Euro bereitgestellt. Der Zuschussbedarf gegenüber 2008 steigt dabei um 96 Mio. und gegenüber 2009 um 15,0 Mio. Euro.

Die Gesamtausgaben steigen um 48 Mio. auf 1,143 Mrd. Euro. Davon werden durch die FAG-Zuweisungen 108 Mio. und weitere Erstattungen 102 Mio. Euro abgedeckt. Es bleiben 933 Mio. Euro, die durch die kommunale Ebene aufzubringen ist.

Wenn wir uns die einzelnen Hilfearten anschauen, so ist die massivste Steigerung in der Eingliederungshilfe zu verzeichnen. Hier wenden wir 2010 658 Mio. Euro auf, 49,0 Mio. Euro mehr als 2009. Die Ausgaben sind hier stetig steigend.

Im sozialen Bereich spielt die Hauptmusik unsere Aufgaben. Hier wird auch immer kritisch unter den Bezirken verglichen und die Pro-Kopf-Aufwendungen drastisch dargestellt. Dieser Vergleich, verehrte Kolleginnen und Kollegen hilft nur bedingt. Vielmehr würde ein Hilfevergleich in den einzelnen Hilfearten zusammen mit den aufgewendeten Standards etwas bringen. In einzelnen Bereichen wird das bereits angewendet.

Unsere Aufgabe wird es auch in Zukunft bleiben, die Ausgabenseite kritisch zu begleiten. Alle unsere guten und positiven Anstrengungen in den Arbeitsgruppen, GSV-Gremium, in den Strategiediskussionen, in der Durchleuchtung von Rahmenrichtlinien helfen letztendlich nur wenn am Ende des Tages auch eine gewollte und demokratisch vertretbare Lösung in die Praxis umgesetzt wird.

Nächstes Jahr stellen wir die Praxis der Mobilitätshilfe auf den Prüfstand.

Wir sind zuversichtlich dass die derzeitige Regelung einen selbstbewussten Umgang mit Zuwendungen und eigenverantwortlichen Handelns darstellt. Für die Zuverdienst Arbeitsplätze erhoffen wir uns auch bis zum Sommer 2010 eine verbindliche Regelung, ohne dass der Eindruck einer möglichen Doppelförderung im Verwaltungsbe- reich entsteht. Hierbei stimmt mich zuversichtlich, dass die freie Wohlfahrtspflege ei- ner Überarbeitung offen gegenüber steht. Solche Diskussionen und notwendige Ver- änderungen sind unter anderem deshalb entstanden, weil unsere Verwaltung in die- sem Bereich verantwortlich gehandelt hat und mit einem Änderungsvorschlag aufge- treten ist.

Wir brauchen diese Hinweise, diese Informationen und Vorschläge aus allen sozialen Bereichen. Wir können auch in Zukunft nur eine staatliche Grundversorgung, in Oberbayern auf hohem Niveau, sicherstellen.

Wir sind zufrieden über den Ausgang der Abrechnungsverhandlungen mit der Lan- deshauptstadt München in den Delegationsaufgaben. Die Nachzahlung beläuft sich dabei auf 13,3 Mio. Euro. Die Förderung der Freien Wohlfahrtspflege steigt in 2010 auf 58,0 Mio. Euro, das sind 4,0 Mio. Euro mehr als 2009. Hier kann von Sparzwän- gen nicht die Rede sein. Aber auch in diesem Bereich ist nicht unbedingtes Wachs- tum möglich.

Für die Werkstätten, in denen Menschen mit Handicaps beschäftigt werden soll im kommenden Jahr die Eingruppierung der Hilfearten ein zentrales Thema werden. Deshalb begrüßen wir zum Austausch zwischen Werkstatt, Verwaltung und Politik die Durchführung eines Werkstatttages in 2010.

Verehrte Damen und Herren,

nahtlos an die soziale Verantwortung schließt sich der Bereich der klinischen Versor- gung psychisch kranker Menschen an. Unser Kommunalunternehmen ist dabei fe- derführend in Oberbayern. Wir behaupten unsere Stellung auch gegenüber privaten Anbietern.

Die Ausrichtung und die Zielsetzungen werden humanitären, versorgungssicheren und wirtschaftlichen Gesichtspunkten entsprechend gesetzt. Hier bedanken wir uns bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, bei den Geschäftsführern – in Vertretung bei Ihnen Herr Spuckti für das Engagement und die Bereitschaft, das gewichtige Unternehmen voranzubringen.

Endlich gelöst wurde das Thema Psychiatrie in Fürstenfeldbruck. Gratulation an die standfeste Politik für die eindeutige Zielrichtung unter die der Bezirk Oberbayern die Maßnahme gesetzt hat.

Die Tagklinik in Peißenberg geht baulich voran und wird bald ihren Betrieb aufnehmen können. In Schwabing setzen wir die Regionalisierung weiter um.

Die Versorgung im Bereich Psychosomatik ist ebenfalls ein wichtiges Thema in unseren Kliniken geworden. Die Füllzahlsteigerungen sprechen hier eine eindeutige Sprache. Fast zwei Drittel der Menschen, die aufgrund psychosomatischer Beschwerden in Oberbayern stationär behandelt werden suchen dabei eine unserer Kliniken auf.

Die Wirtschaftspläne werden mit Zielvorgaben aufgestellt. Die Jahresergebnisse sind nach wie vor insgesamt im positiven Bereich. Die EDV-Landschaft wird uns noch intensiv beschäftigen, aber auch hier sind wir zuversichtlich, dass eine Lösung für alle Kliniken gefunden wird.

Die strategische Neuausrichtung und Weiterentwicklung der KBO Service GmbH ist notwendig, damit wir wettbewerbsfähig bleiben und somit auch Arbeitsplätze sichern können.

Spannend wird 2010 die Weiterentwicklung von Haar II im neuen Bieterverfahren. Wir sind dabei optimistisch, dass diese Bieterverfahren ein besseres Ergebnis bringt.

Entlastend für unsere Kliniken wirkt sich nach wie vor die Übernahme der Versorgungsbezüge ca. 5,5 Mio. Euro durch den Bezirkshaushalt aus. Das ist so gewollt, sollte aber auch uns immer bewusst werden als feste und Gott sei Dank rückläufige Ausgabe.

Verehrte Damen und Herren,

ein wichtiger Bereich und durchaus immer auch positiv herzeigbarer sind unsere Aufwendungen im Bildungs- und Kulturbereich. Als leuchtendes Beispiel sei hier unser Zentrum Johanniskirchen genannt. Nahezu 40 Mio. Euro wenden wir in den nächsten Jahren für Neubau und Sanierung auf. Dabei waren 2009 die Grundsteinlegungen für den Schulneubau und die Werkhalle wichtige Meilensteine.

Im Agrarbildungszentrum Landsberg investieren wir auch Dank dem Konjunkturpaket im Jahr 2010 in die Sanierung des Chemiebereiches, in die Dachsanierung von Gebäude 1 und in die Sanierung von Gebäude 6. Die Diskussion um die Photovoltaikanlage ist ausgestanden, wir stehen dabei für die schulischen und Bildungskomponente und nicht für eine rein wirtschaftliche Betrachtung.

In der Schule für Holz und Gestaltung in Garmisch-Partenkirchen werden auch 2010 über 500 000.- Euro für energetische Maßnahmen und den baulichen Brandschutz aufgewendet.

Bildung gerade für unsere jungen Menschen ist uns wichtig und eine große Verpflichtung. Die Kulturförderung, die Einrichtungen zur Kulturarbeit und die Pflege und Weiterentwicklung unserer oberbayerischen Kultur ist ein wichtiges Markenzeichen. Dazu dienen auch die Erkennungszeichen nach außen wie die Anstecknadel an Jacke, Bluse und Revers.

Die Kulturtage in Starnberg waren ein großartiger Erfolg. Dank an alle Verantwortlichen für das reichhaltige Programm.

Die Verteilung von Medaillen und Preisen an verdiente Mitbürger und kulturschaffende Künstler hebt den Wert oberbayerischer Kultur und ehrt das oft hohe ehrenamtliche Engagement für unsere und in unserer Heimat. Deshalb halten wir grundsätzlich daran fest und dort wo es mal keine geeigneten Preisträger gibt, kann auch einmal ein Jahr ausgesetzt werden.

Nicht nachlassen dürfen wir in der Forderung und im Erhalt von Kulturdenkmälern, die dazu benannt und bezeichnet sind. Wir verherrlichen dabei nicht, sondern wir erhalten Kulturgeschichte.

Wir begrüßen die Entwicklung im Schafhof und unterstützen, soweit es betriebswirtschaftlich sinnvoll ist, die Einrichtung einer selbst tragenden Gastronomie.

Unser Freilichtmuseum an der Glentleiten erfreut sich steigender Besucherzahlen. Wer in sein will in Oberbayern muss zur Glentleiten – sagt der Präsident. Glentleiten und Amerang sind lebendige Museen und erlebbare Kultur. Das werden wir auch weiterhin fördern.

Unser Volksmusikarchiv in Bruckmühl ist ein weiteres Aushängeschild. Auf Plätzen, Sälen, Schulen und anders wo wird gesungen und musiziert. Selbst der Hörfunk ist ein treuer Begleiter. Weiter so Herr Schusser mit ihrer Mannschaft. Das Gewicht ihrer Noten und Tonträger allerdings macht uns statische Sorgen. Wir hoffen, dass zusammen mit der Bruckmühl eine tragbare Lösung gefunden wird. Zum Beispiel Archiv im Erdgeschoß, nachdenken, schreiben und verwalten unterm Dach.

An dieser Stelle einen großen Dank an die Volksmusik-, Trachten- und Heimatpflege für die Kulturarbeit und vor allem die wichtige Öffentlichkeitsarbeit zur Kulturvermittlung.

Einbeziehen in den Dank möchte ich die Fachberatungen, Fischerei und Imkerei. Auch sie leisten einen wichtigen Beitrag zum Erhalt der lebendigen oberbayerischen Kulturlandschaft.

Ebenso bedanken wir uns an dieser Stelle bei der Gutsverwaltung von Haar für die positive und ertragreiche Leitung unseres landwirtschaftlichen Betriebes.

Zu unserem Kultur- und Bildungszentrum Seeon noch ein Wort. Eine durchaus und unbestritten wichtige Einrichtung für Oberbayern. Brandschutzmaßnahmen stehen an, aber bitte mit Maß und Ziel und unter den notwendigen und machbaren Maßnahmen betrachtet. Dafür müssen wir 1,8 Mio. Euro aufwenden. Für den weiteren Betrieb der Gaststätte muss eine Lösung gefunden werden. Zusperrern ist allerdings keine!

An dieser Stelle auch Dank an die Arbeitsgruppe Bau, die viele unserer Baumaßnahmen fördernd und kritisch begleitet. Dabei leistet die Arbeitsgruppe einen wesentlichen und unverzichtbaren Beitrag zur sachlichen und wirtschaftlichen Auseinandersetzung mit unseren Bauprojekten.

Verehrte Damen und Herren,

alle unsere Aufgaben können wir auch im kommenden Jahr nur meistern wenn die notwendigen Finanzmittel bereitgestellt werden.

Für 2010 haben wir einen Finanzbedarf von insgesamt 1,038 Mrd. Euro. Die Umlagekraft sinkt um 1,71 Punkte. Die Sozialausgaben steigen um 50,2 Mio. die Steuerkraft sinkt um 16,9 Mio. Euro; das ist eine weitere bittere Wahrheit.

Aus dem Jahr 2008 haben wir eine Unterdeckung von ca. 39,0 Mio. Euro zu finanzieren. Der Rücklagenbestand muss aus unserer Sicht auf ein Mindestmaß von 10,0 Mio. Euro aufgefüllt werden.

Für 2010 ist eine Kreditaufnahme von 15,2 Mio. Euro für Investitionen geplant. Der Schuldenberg wächst dann auf über 100 Mio. Euro an.

Die 106 Mio. Euro Zuweisung aus dem FAG-Topf sind gerade 9,3% der Sozialausgaben und reichen unserem Kämmerer für knapp 40 Tage; dann wäre mit Hilfe Schluss. Den Rest tragen die Kommunen. Unter diesen Eckpunkten ist eine Umlagenenerhöhung unumgänglich. Bei gleich bleibender Umlagen von 19,6 würde eine Lücke von mindestens 60 Mio. Euro entstehen. Bei einer Erhöhung um 1,4 Punkte können wir den Haushalt ausgleichen und die Belastungen für die Kommunen ertragbar halten.

Uns ist durchaus bewusst, dass diese Umlagensteigerung zu 100% an die Gemeinden durchgereicht werden. Deshalb unser Appell nochmal:

Wir brauchen eine höhere Finanzaufweisung

Die CSU-Fraktion stimmt dem vorliegenden Haushalt mit Haushaltsatzung und einer Umlagensteigerung auf 21,0% zu.

Am Ende meiner Ausführungen möchte ich im Namen der CSU-Fraktion ein herzliches Vergelt's Gott sagen an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Bezirksverwaltung, in unseren Einrichtungen im Bereich Umwelt und Natur, Bildung und Kultur, Gesundheit, in unseren Kommunalunternehmen mit den Kliniken, in den sozialen Einrichtungen und im Bereich Öffentlichkeitsarbeit.

Ein besonderer Dank gilt allen, die maßgeblich Verantwortung tragen für den Bezirk Oberbayern, an die Führungskräfte mit unserem Präsidenten und seinen Stellvertreterinnen.

Dank gilt auch unserem Kooperationspartner, den Kolleginnen und Kollegen aus der SPD für die konstruktive und ehrliche Zusammenarbeit.

Erleben Sie die Tage im Advent als Vorbereitung zum weihnachtlichen Fest.

Ich wünsche Ihnen allen Frieden und Freude, Ruhe und Besinnung, Wärme und Geborgenheit in ihren Familien und Gemeinschaften.

Für 2010 wünsche ich Ihnen allen Gesundheit, Zufriedenheit, Mut und Zuversicht, Erfolg und Optimismus. 2010 werden wir gemeinsam besonders intensiv um die künftige Bewältigung unserer Aufgaben kämpfen müssen.

Gottes Segen für Sie, unsere Heimat und den Bezirk Oberbayern.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.